

stachlige ARGUMENTE



Nr 176 / Dezember 2009
Zeitschrift des
Landesverbandes Berlin

TITEL
**Grüne
Optionen**



PARTEILEBEN
Frank Henkel als
Ole von Beust?

MENSCHEN UND ZEITEN
Die grüne Weinkönigin

DEBATTE
Stadtentwicklung
auf Berlinerisch

weiter

angestachelt!

Auf dem Weg zur Volkspartei und kleinste Oppositionspartei im Bundestag – selten klangen Befunde aus dem selben Wahlergebnis widersprüchlicher. Und dennoch stimmt wohl beides. Mit 17,4 Prozent bei der Bundestagswahl in der Stadt Berlin sind die Grünen keine reine Korrektivpartei mehr. Der Anspruch an die Partei geht längst darüber hinaus, nur einige Projekte voranzutreiben und ansonsten als Korrekturfaktor für die großen Parteien CDU und SPD zu fungieren. Unsere Debatten müssen sich am Gesamtinteresse messen lassen – und die Stachligen Argumente wollen dabei auch in Zukunft ihre Rolle spielen.

Wo stehen die Grünen nach der Bundestagswahl? Und wo soll die Reise hingehen? Dieses Heft beschäftigt sich mit der Strategiedebatte – auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011. Überlagert wird alles Nachdenken von einer sicher historisch zu nennenden Entscheidung im fernen Westen: Jamaika an der Saar. „Keine lagerübergreifende Machtoption“ sieht Professor Stöss in unserem Leitartikel für die Grünen. Im Interview mit den Stachligen Argumenten rät Renate Künast dazu, die „Mitte“ zu besetzen – ohne das eigene Profil zu verwässern.

Antje Kapek zeigt auf, wie es in Friedrichshain-Kreuzberg gelingt, als Regierungspartei erfolgreich, die Gratwanderung zwischen Real- und Graswurzelpolitik zu meistern.

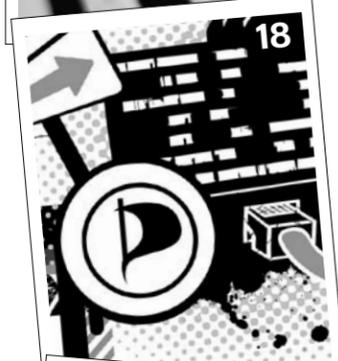
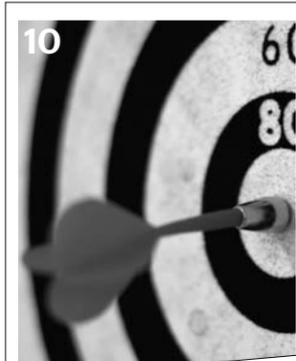
Aber: Auch der Blick auf die Konkurrenz lohnt in diesen Tagen. Ein alter Weggefährte schwächelt und eine jungdynamische Kraft nimmt Anlauf auf das Abgeordnetenhaus. Wie die SPD aus ihrer Krise findet – das geht auch uns Grüne an. Wir sind stolz, dass die Juso-Vorsitzende Berlin, Anne Knauf, die Stachligen Argumente als Plattform nutzt, um den innerparteilichen Diskurs in der SPD voranzutreiben. Ganz anders ist die Lage bei der Piratenpartei. Mit einem Achtungserfolg bei der Bundestagswahl im Rücken gibt man sich selbstbewußt. „Ein trojanisches Pferd für direkte Demokratie“ will man sein, wie Florian Bischof vom Landesvorstand der Piratenpartei verkündet. Im Streitgespräch mit Tina Gerts spricht er über Fehler der und strategische Partnerschaft mit den Grünen.

Die Debatte ist eröffnet!

Christine Dörner, Katrin Langenbein und Ronald Wenke
Redaktion Stachlige Argumente

Titelthema

- 4** Keine lagerübergreifenden Machtoptionen
von Prof. Richard Stöss
- 8** "Wir vertreten die linke, bürgerliche Mitte"
Gespräch mit Renate Künast
- 10** Die "Neue Mitte" zurückgewinnen
von Andreas Schulze
- 12** Berlin 2011: Rot-rot-grün? Jamaika?
von Michael Schäfer und Anja Schillhaneck
- 14** Über linke Lager und Mehrheiten
von Micha Wendt
- 16** Grüne als innerstädtische Regierungspartei
von Antje Kapek
- 18** Ein trojanisches Pferd für direkte Demokratie
Gespräch mit Tina Gerts und Florian Bischof
- 20** Neustart im Netz
von Julia Seeliger



Parteileben

- 22** "Frank Henkel ist kein Ole von Beust"
Gespräch mit Ramona Pop
- 25** Europawahl 2009: 14 aus 55
von Rebecca Harms
- 26** Neues aus dem Abgeordnetenhaus
- 27** Neues aus der Kommandantur
Neues aus der Dirschauer

Debatte

- 28** Stadtentwicklung auf Berlinerisch
von Nicole Holtz
- 32** Wohnen in der Berliner Mischung
von Andreas Otto
- 34** S-Bahn ausquetschen, Fahrgäste einquetschen? Nicht mit uns!
von Claudia Hämmerling
- 36** Was hat dich bloß so ruiniert? – Zur Krise der SPD und ihrer Bewältigung
von Anne Knauf

Menschen und Zeiten

- 38** Der Wahlkampf in Bildern
- 40** Kopf des Quartals - Guido Westerwelle
von Katrin Langenbein
- 41** Hört auf zu Heulen!
von Dennis Parchernegg
- 42** Trauer um Barbara Oesterheld
- 43** Trauer um Annette Schwarzenau
von Thomas Birk
- 44** Die grüne Weinkönigin
Tine Hauser-Jabs
- 46** Kolumne Grüner Leben Polit-Piraterie
von Holger Michel
- 47** Buchvorstellung Termine/Impressum

Keine lagerübergreifenden Machtoptionen

Bei der Bundestagswahl 2009 handelte es sich keineswegs um eine „historische“ Wahl. Vielmehr hat ein Wechsel von einem Ausnahmezustand zur Normalität stattgefunden. Die Große Koalition als zeitlich begrenzte „Zwangsehe“ ist durch eine kleine Koalition abgelöst worden. In der Regel werden der Bund und die Länder durch kleine Koalitionen regiert, Einparteienregierungen und Große Koalitionen sind eher selten. Das Fünf-Parteien-System hat sich also als funktionsfähig erwiesen.

Für die Analyse des Bundestagswahlergebnisses ist die „Lagertheorie“ hilfreich. Entscheidend sind drei Tatsachen: Erstens finden Wählerwanderungen primär innerhalb eines Lagers statt. Zweitens folgt das Stimmensplitting zumeist der Lagerlogik und drittens bilden Lager übergreifende Koalitionen seit Bestehen des Fünf-Parteiensystems die Ausnahme.

Beide Lager unterscheiden sich im Bund weniger hinsichtlich ihrer Größe. Der gravierende Unterschied besteht in der Binnenstruktur beider Lager. Dabei geht es vor allem um die Asymmetrie zwischen den beiden ihr Lager dominierenden Volksparteien.

Seit Bestehen der Bundesrepublik ist ein gewaltiges Machtungleichgewicht zugunsten der Unionsparteien zu konstatieren. Während die Dominanz der CDU/CSU im rechten Spektrum unangefochten ist, hat es die SPD in ihrem Lager mit zwei Parteien zu tun, die mittlerweile zusammen fast genauso stark sind wie sie selbst. Von Dominanz kann unter diesen Bedingungen kaum noch die Rede sein. Darüber hinaus sind die beiden Parteien des rechten Spektrums miteinander uneingeschränkt koalitionsfähig, während im linken Spektrum – jedenfalls bisher – eine Partei als nicht koalitionsfähig gilt. Binnenstrukturell ist es um das linke Lager also deutlich schlechter bestellt als um das rechte Lager, das mithin über wesentlich bessere Wettbewerbsbedingungen verfügt.

Die Lagertheorie gilt weiterhin

Charakteristisch für das Fünf-Parteiensystem der Bundesrepublik ist, dass die Parteien des linken Spektrums auf der nationalen Ebene eine Machtperspektive nur unter Einbeziehung der Linkspartei haben. Keine der drei Parteien verfügt über eine eigene Machtoption. Von der SPD erwartet man diesbezüglich – noch mehr als von den Grünen und der Linkspartei – ein überzeugendes Konzept. Sie kann auf eine rot-grüne Mehrheit hoffen (ist derzeit illusorisch) oder als Juniorpartner einer Großen Koalition fungieren (was nicht absehbar ist und ihr erfahrungsgemäß auch nur Nachteile bringt).

Die Grünen könnten darauf spekulieren, dass sie von der Union an Stelle der oder zusätzlich zur FDP ins Boot geholt werden. Beides ist in Anbetracht der gegenwärtigen Stärke der FDP wenig realistisch. Die Linkspartei hat alleine überhaupt keine Machtperspektive. Eine „Ampel“-Koalition ist auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Voraussetzung wäre, dass die FDP ihre neoliberale Prägung aufgibt – nur warum sollte sie das tun? Lagerübergreifende Koalitionen dürften mithin auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung der Bundespolitik stehen.

Das Lagerdenken bestimmte die Wahlkampfstrategie von CDU/CSU und FDP. Beide gaben als hauptsächliches Ziel aus, einen Machtwechsel zugunsten des linken Lagers



zu verhindern. Die Liberalen hatten aus früheren Kampagnen gelernt, dass der Verzicht auf eine Festlegung auf die Union („Äquidistanz“ gegenüber CDU/CSU und SPD) kaum zur Mobilisierung ihrer Anhänger führt und sich 2005 und erst recht 2009 auf ein Bündnis mit der Union festgelegt. Das gilt entsprechend für die CDU/CSU.

Das Dilemma der SPD

Umgekehrt wollten SPD, Linkspartei und Grüne unbedingt eine schwarz-gelbe Koalition verhindern. Sie hatten allerdings keine überzeugende Antwort auf die Frage, worin die Alternative dazu besteht und wie sie realisiert werden kann. Besonders verwirrend war die Haltung der SPD, die einerseits im Sinne der Lagertheorie das Schreckgespenst einer konservativ-neoliberalen Koalition an die Wand malte, andererseits aber eine Zusammenarbeit mit beiden Parteien des rechten Spektrums für möglich hielt.

Der Sieg von Schwarz-Gelb war seit langer Zeit absehbar. Beide Parteien erreichten gemeinsam in den Umfragen der vergangenen zwei Jahre zumeist Werte knapp unterhalb der 50-Prozent-Marke. Dass dies für eine Mandatsmehrheit im Bundestag reicht, zeigte sich auch bei vergangenen Bundestagswahlen. 1994 brachten es CDU/CSU und FDP nur auf 48,3 Prozent der Zweitstimmen, für den rot-grünen Machtwechsel 1998 reichten 47,6 Prozent und 2002 konnten SPD und Grüne ihre Koalition mit nur 47,1 Prozent fortsetzen. Vor allem aber war für 2009 ein deutlicher Erststimmenvorsprung der Union gegenüber der SPD zu erwarten. Denn die beiden Parteien des rechten Spektrums würden sich gegenseitig – wie auch schon bei früheren Bundestagswahlen – durch Stimmensplitting unterstützen.

Der Niedergang der SPD setzte bereits nach der Bundestagswahl 1998 ein. Seither büßte die Partei rund 10 Millionen Wähler ein: zwischen 1998 und 2002 1,7 Millionen, zwischen 2002 und 2005 2,3 Millionen und zwischen 2005 und 2009 noch einmal 6 Millionen. Der eigentliche Absturz erfolgte also während der Großen Koalition und bestätigt einmal mehr, dass ihr aus der Rolle als Juniorpartner in einer Großen Koalition (auf Bundes- und Landesebene) eher Nachteile erwachsen. Die Wählerwanderungsbilanzen weisen aus, dass die SPD in alle Richtungen verloren hat, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Die Verluste ins Nichtwählerlager machten 2002/05 nur 16

Prozent, 2005/09 dann aber 37 Prozent aus. Dabei handelt es sich um eine Mobilisierungsreserve der SPD, weil sich diese Nichtwähler nicht für andere Parteien – etwa des rechten Spektrums – entschieden haben.

Die Normalität kehrt zurück

Nach der Bundestagswahl schwärmten FDP, Grüne und Linkspartei siegestrunken von neuen Wachstumschancen. Ein Blick auf die Bundestagswahlergebnisse seit 1990 lehrt, dass dazu überhaupt kein Anlass besteht. Ein Gesetz der Serie existiert nicht. FDP und Grüne haben ihren großen Sprung nach vorn erst während der Großen Koalition, also während eines Ausnahmezustands, vollzogen. Dies gilt auch für die Linkspartei, die allerdings bereits 2005 – in Folge der Kooperation von PDS und WASG – das PDS-Resultat von 2002 mehr als verdoppeln

konnte. Nun befinden wir uns aber wieder im Zustand der Normalität. Das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, das während der Großen Koalition nahezu außer Kraft gesetzt war, dürfte seine Wirkung wieder entfalten, die Wahlbeteiligung erhöhen und den sich aller Wahrscheinlichkeit nach reprofilierten Volksparteien zu neuer Integrationsfähigkeit verhelfen.

Für die Zukunft des nationalen Parteienwettbewerbs ist von einer dauerhaft stabilen Regierungskoalition auszugehen, die entgegen mancher Prognosen keinen Thatcherismus betreiben wird. Die Oppositionsparteien werden keinen leichten Stand haben, erst recht dann nicht, wenn die Regierungsparteien ihre Mehrheit im Bundesrat behalten. Mit Blick auf die Chancen eines Machtwechsels ist weiterhin zu bedenken, dass die Deutschen Kontinuität und Stabilität ebenso lieben wie Ruhe und Ordnung

und dass sie kaum zu abrupten Änderungen der politischen Verhältnisse neigen.

Handlungsrahmen für das linke Lager entwickeln

Ein Machtwechsel auf Bundesebene erscheint nur unter den Bedingungen einer gemäßigten Polarisierung zwischen dem linken und dem rechten Parteienspektrum möglich, die auf konkreten und praktikablen politisch-programmatischen Alternativen beruht. SPD, Linke und Grüne haben derzeit nur gemeinsam eine realistische Machtperspektive. Sie müssen sich entscheiden, ob sie den Blick nach hinten richten, die Schlachten der Vergangenheit fortführen und damit die konservativ-liberale Vorherrschaft über 2013 hinaus zementieren oder ob sie nach vorne blicken und das Land gemeinsam im Sinne eines Politikwechsels regieren wollen.

Die drei Oppositionsparteien sollten daher auf ein Bündnis für die nationale Ebene hinarbeiten, das mindestens auf einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die Bundestagswahl 2013 zielt: Die Oppositionsarbeit während der Legislaturperiode muss den WählerInnen verdeutlichen, dass ein Machtwechsel notwendig und möglich ist und dass dafür eine kompetente und solide Alternative zur Verfügung steht. Notwendig sind weiterhin eine gemeinsame Koalitionsaussage und möglichst viele Wahlkreisabkommen zur Sicherung eines Maximums an Direktmandaten. Denkbar wären auch gemeinsame Aktivitäten gegen einzelne Maßnahmen der schwarz-gelben Koalition. Dies setzt Bereitschaft aller drei (!) Parteien voraus, aufeinander zuzugehen und sich auf „gleicher Augenhöhe“ zu begegnen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass ein Machtwechsel nur erreicht werden kann, wenn das linke Lager Stimmen aus dem rechten Spektrum (zurück) gewinnt. Radikale Forderungen und erst recht Fundamentalismus sind also nicht angesagt.

Fazit: Angesichts der zu vermutenden Stabilität der schwarz-gelben Koalition sind Lager übergreifende Machtoptionen derzeit nicht erkennbar. Als einzige, momentan aber eher skeptisch zu beurteilende, Möglichkeit bleibt ein Machtwechsel zugunsten des linken Parteienspektrums.

Prof. Richard Stöss
FU Berlin, Otto-Suhr-Institut

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung eines Vortrags, der am 5.10.09 bei der Heinrich-Böll-Stiftung gehalten wurde.

Wer wählte schwarz-gelb?

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl sind bekannt: CDU/CSU 33,8 Prozent, SPD 23,0, FDP 14,6, Linke 11,9, B90/Grüne 10,7 und Andere 6,0 – darunter der Achtungserfolg für die Piratenpartei mit 2,1 Prozent. Weniger bekannt ist: Obwohl die CDU/CSU bundesweit 1,4 Prozent verloren hatte, legte sie in den neuen Bundesländern um 3,9 Prozent zu.

Doch woher kommen die Stimmen für die „Tigerentenkoalition“?

Der wesentliche Grund für dieses Wahlergebnis ist die Schwäche der SPD. Sie verlor mehr als zwei Millionen Wähler an das Nichtwählerlager, während Union und FDP ihre Anhänger mobilisierten konnten. Darüber hinaus musste die SPD an alle anderen Parteien in erheblichem Umfang abgeben: 1,1 Millionen an die Linke, 860 000 an die Grünen. Aber auch ca. 870 000 SPD-Wähler wechselten zur Union und noch einmal 520 000 Wähler zur FDP. Das sogenannte „bürgerliche Lager“ wuchs somit bei der Bundestagswahl 2009 um 1,3 Millionen Stimmen an, das „linke Lager“ wurde durch die

2,1 Millionen Nichtwähler der SPD erheblich geschwächt. Ein wichtiger Grund ist die Nichtunterscheidbarkeit der Volksparteien: Nur noch 30 Prozent der Wähler sagten 2009, dass sich die Parteipositionen deutlich unterscheiden, 2005 waren es immerhin noch 57 Prozent.

Mehr als eine Million der Unions-Wähler stimmten bei der letzten Bundestagswahl für die FDP. 70 Prozent davon gaben als Grund an, „um eine bestimmte Koalition zu ermöglichen bzw. zu verhindern“. Der Wechsel war somit taktisch begründet, nur 30 Prozent sagten, dass sie die FDP stärken wollen. Die FDP gewann bei allen sozialstrukturellen Gruppen, besonders aber bei den Selbständigen mit einem Zuwachs von 26 Prozent. Ebenfalls legten sie in der berufsaktiven Gruppe der 35-44-jährigen stark zu.

Die jetzige Regierung ist nicht durch Überhangmandate ermöglicht worden. Dennoch: Stimmensplitting fand bei den jetzigen Regierungsparteien in erheblichem Umfang statt, 47 Prozent der FDP-Wähler wählten mit ihrer Erststimme die Union.

Christine Dörner
Alle Zahlen aus:

ARD-Wahlberichterstattung/Infratest dimap.

"Wir vertreten die linke, bürgerliche Mitte"

Renate Künast über die ökologische Umstrukturierung der Gesellschaft, die Grünen als Volkspartei und das gute Leben



Renate Künast

Stachlige Argumente:

Zunächst einen herzlichen Glückwunsch zur erneuten Wahl als Vorsitzende der bündnisgrünen Fraktion im Bundestag! Aber: Kann man sich richtig freuen, wenn wir nun doch wieder nur die kleinste Fraktion stellen - noch dazu in der Opposition?

Renate Künast:

Ich freue mich über 10,7 Prozent und über 800 000 hinzugewonnene Stimmen - so viel Plus hatten wir noch nie. Diesen Erfolg sollten wir nicht klein reden, zumal wir mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Thema auf der Agenda hatten, bei dem die Angst um Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung die Debatte für die Grünen nicht automatisch einfacher gemacht hat. Sicher, wir wären gerne drittstärkste Kraft geworden und wollten eine schwarz-gelbe Mehrheit verhin-

dern. Dass das nicht geklappt hat, lag nicht an uns, sondern an dem Erosionsprozess der SPD. Jetzt halte ich es wie beim Fußball: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Es geht darum, mit unserem auf die Zukunft ausgerichteten Angebot - dem Green New Deal für Jobs und Bildung - zu überzeugen.

Stachlige Argumente:

Als kleinste Oppositionspartei stehen wir auch in Konkurrenz zu SPD und Linkspartei.

Wie groß ist die Sorge, dass wir mit unseren Themen nicht mehr durchdringen?

Renate Künast:

Lasst uns das Glas nicht immer leerer machen als es ist. 10,7 Prozent - soviel hatten wir im Bund noch nie. Wir können ganz selbstbewusst sein. Wir müssen uns den 4,6 Millionen geliehenen Wählerstimmen würdig erweisen. Zukunft und Glaubwürdigkeit sind unsere Stärken.

Alle reden über Grün, andere Parteien, aber auch viele Unternehmen. Die haben sich jedoch nur grüne Punkte ins Gesicht gemalt - daraus erwächst noch lange keine grüne Politik. Wir müssen unsere Gesellschaft umstrukturieren: Bei der Art wie wir leben und arbeiten, wie wir produzieren und transportieren, wie wir unsere Lebensmittel und wie wir Industriegüter herstellen. Wir dürfen nicht länger auf Kosten von anderen leben!

Diesen grundsätzlichen Wandel

vertreten nur wir Grüne. Wir müssen klarmachen: Dieses Land muss strukturell neu ausgerichtet werden. Die Leitindustrien, die Arbeit und Steuereinnahmen schaffen - Auto, Chemie, Maschinenbau - drohen von anderen bei der ökologischen Ausrichtung überholt zu werden. Und auch die vierte Leitindustrie, die wir Grünen etabliert haben, die Umwelt- und Energiebranche, steht im verstärkten Wettbewerb mit Firmen aus Indien, China - aber auch den USA und Japan.

Stachlige Argumente:

In Berlin liegen wir in Umfragen bei ungefähr 20 Prozent - gleichauf mit den Sozialdemokraten. Ist man mit solchen Ergebnissen Volkspartei?

Renate Künast:

Volkspartei ist eine Umschreibung dafür, dass man eine große Breite der Gesellschaft vertritt und viele Strömungen und Bedürfnisse unter einen Hut bringen muss - das ergibt oftmals nur den kleinsten gemeinsamen Nenner. Ich glaube nicht, dass wir in diesem Sinne Volkspartei werden sollten. Wir vertreten die linke, bürgerliche Mitte. Das drückt mehr aus als nur eine Verortung im politischen Koordinatensystem. Dadurch sind wir Volkspartei in bestimmten Stadtteilen und Städten, in denen es tatsächlich eine Vorherrschaft einer bestimmten Lebensweise gibt - übrigens unabhängig vom Einkommen. Das sind Menschen, die eine Verantwortung fürs Ganze fühlen und nicht auf Kosten anderer leben wollen. Die

vertreten wir - hier haben wir gute Ergebnisse.

Stachlige Argumente:

„Bürgerliche, linke Mitte“, was bedeutet das für unsere Richtung bei den Wahlen 2011 in Berlin?

Renate Künast:

Das ist keine Frage von Farbenspielen. Sondern: Wer sind wir Grünen und wessen Interessen vertreten wir? Wir dürfen den Konservativen die Begriffe Bürgertum und Mitte nicht überlassen! Ganz selbstbewusst sage ich: Wir haben als grüne Bewegung - über die Partei hinaus - dieses Land verändert. Das heißt, die Mitte dieser Gesellschaft ist nicht mehr die konservative, nicht-pluralistische Mehrheit, die wir vor zehn, zwanzig Jahren bekämpft haben. Viele in der Mitte der Gesellschaft denken grün und versuchen grün zu leben. Sie fragen: Wo ist es, das Öko-auto? Wo ist das Biosiegel? Wie kann ich wegkommen von Vattenfall, von Atom und Kohle? Diese Menschen denken grün - und wir wollen sie vertreten.

Ansonsten weise ich darauf hin: Wer mit wem wo regiert hängt auch davon ab, wofür man eine gesellschaftliche Mehrheit findet. Die gesellschaftliche Mehrheit ist mehr als die Addition einer parlamentarischen Mehrheit. Es ist immer klug, die Mitte zu haben.

Stachlige Argumente:

Aber 20 Prozent geben doch auch einen Auftrag, sich um andere

Themen zu kümmern. Brauchen wir nicht mehr Kompetenz auch in Feldern wie Wirtschaft oder Innere Sicherheit?

Renate Künast:

Ja, genau das meine ich und die haben wir auch. Die 20 Prozent fordern uns noch einmal richtig heraus. Daraus erwächst der Auftrag, ein Gegenmodell zu entwickeln. Nicht nur gegenüber den anderen Parteien, sondern auch zu diesem Gesellschaftsbild, das auf immer mehr Verbrauch aufbaut und nicht nachhaltig ist. 20 Prozent heißt auch, dass die Menschen uns nicht mehr nur als kleinen Koalitionspartner sehen. Sie wollen Vorschläge für die gesamte Stadt - und die kommen nur von uns. Wenn sich heute in diesem Senat einige dafür auf die Schultern klopfen, dass sich im Bereich Energie- und Umwelttechnologie was tut, dann wissen wir doch, dass das Ergebnis grüner Politik ist! Wir sagen doch längst, wie es mit der Wirtschaft weitergehen soll, wo neue Arbeitsplätze herkommen in unterschiedlichen Qualifikationsebenen.

Und wenn wir aufzeigen, wie es zu schaffen ist, dass in dieser Stadt jedes Kind die gleichen, guten Chancen hat, dann ist das am Ende doch auch eine Frage von Innerer Sicherheit und einem friedlichen Zusammenleben in Berlin. Wenn so viele Kinder von Wedding über Neukölln bis Marzahn frühzeitig ausgegrenzt werden, dann ist das eine Gerechtigkeitsfrage, aber wenn es so weiter läuft wie bis-

her, auch zunehmend eine Frage des Inneren. Wir müssen alle einbeziehen - wir haben dazu ein Modell.

Stachlige Argumente: Nämlich?

Renate Künast:

Berlin hat die Chance zu zeigen, wie eine solche Stadt aussehen kann: mit öffentlichen Räumen zum Begegnen, wo Freizeitgestaltung nicht immer mit Eintrittspreis verbunden ist, wo das Gemeinsame gelebt wird. Wenn jetzt in so vielen Staaten CO2-freie Modellstädte aus dem Boden gestampft werden - in China, in Saudi-Arabien - dann müssen wir hier in Berlin zeigen, wie man eine Metropole, die schon existiert, umbaut für das 21. Jahrhundert: wo die gesellschaftliche Blockaden in den Schulen nicht mehr existieren, wo die die modernsten Technologien genutzt werden, wo intelligent von Wärme und Energie Gebrauch gemacht wird. Wir brauchen eine Stadtpolitik, die sich an Lebensqualität für alle ausrichtet. Lebensqualität ist mehr, als das Bruttoinlandsprodukt misst. Die Frage der Zukunft heißt: „Gibt es das gute Leben für alle in dieser Stadt?“

Stachlige Argumente:

Herzlichen Dank für deine Zeit!

Das Interview führte
Ronald Wenke

Die "Neue Mitte" zurückgewinnen

Wir freuen uns über ein Rekordwahlergebnis bei der Bundestagswahl und darüber, dass wir mit dem „Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag“ ein Programm vorgelegt haben, mit dem wir genau auf der Höhe der politischen Auseinandersetzungen um Klimaschutz, Gerechtigkeit und Freiheit sind.

Aber: Man ist ja wieder nur Fünfter und wieder ohne Option. Man hat ja gar nicht alle Stimmen auffangen können, die die SPD über ihre elf Regierungsjahre verloren hat, wird geschrieben. Da würde man ja sehen, dass die Grünen dieses und jenes wieder tun müssten, sich diesem oder jenem wieder annähern müssten. Nach einer langen und erfolgreichen Kampagne mag die Nörgelei nerven, aber es wäre falsch, das grüne Wahlergebnis nur von der schönen Seite aus zu beleuchten. Insofern haben alle Haare in der Suppe ihren Nutzen.

Der Rostocker Parteitag hat gezeigt, dass die Deutung des Wahlergebnisses in alle Richtungen geht und tatsächlich für alle etwas dabei ist. Da es bei der Mehrheitsbildung letztlich um wenige Prozentpunkte geht, lohnt der Blick auf vermeintlich kleinere Auffälligkeiten. Ein Beispiel: In den rot-grünen Jahren hieß es, „der Osten“ und „die Frauen“ hätten die SPD gerettet. Damit ist es vorbei: Im Osten gewann die CDU 4,5 Prozent hinzu, bei den Ost-Frauen sogar 8 Prozent (bundesweit +1). Zahlen, die man sich merken sollte.

Ein anderes Beispiel: Bei den 18-29-jährigen wurde die SPD halbiert (!) und erreicht gerade noch 17 Prozent (-19), was sich bei den Abiturienten zur Katastrophe auswächst: Nur noch 14 Prozent erreichte hier die SPD (-21). Zur Einordnung: Bei den Erstwählern verzeichnete die Union durchschnittliche Verluste, Grüne gewannen auf hohem Niveau ein klein wenig hinzu, während FDP und Linke deutlicher hinzugewonnen haben.

Es gibt ein Generationsproblem der SPD mit langfristigen Auswirkungen auch auf die grüne Strategiebildung. Wir sollten uns darauf einstellen, dass der SPD über einen längeren Zeitraum eine wichtige Alterskohorte bei ihren Wählerinnen und Wählern fehlen wird, was die Frage der

strategischen Partnerschaften für uns Grüne berührt. Denn es ist nicht erkennbar, wo es einen Ansatz zur Kompensation geben könnte. Ihre besten Ergebnisse erzielt die SPD ja bei Älteren und bei Hauptschulabgängern. Die eine Gruppe ist in permanenter Abwanderungsgefahr, die andere Gruppe wird kleiner.

Die heutigen Jungwähler begleiten die Parteien aber noch sehr lange. Gewiss, Parteibindungen haben heute nicht mehr die Bedeutung vergangener Zeiten, aber es reicht schon der Trend, um zu erkennen, welche Debatte auf die grüne Partei zukommt, die auf einen starken strategischen Partner zur Mehrheitsbildung angewiesen ist. Angenommen, die programmatische Nähe zur SPD bleibt auch weiterhin die größte: Welchen Wert hat das für uns Grüne, wenn die SPD nicht strukturell mehrheitsfähig ist? Warten wir dann mit unserer Klimaschutzpolitik und einer gerechteren Bildungspolitik und all den anderen Themen bis die Sozialdemokraten ein paar Generationen weiter wieder zu einer gewissen Stärke finden? Diese Debatte wird nicht leichter, indem wir sie verdrängen oder mit merkwürdigen Parteitagsbeschlüssen zuzukleistern versuchen.

Bevor die Farbkarten allzu schnell gezogen werden, sollten wir es noch einmal mit den schlichten Zahlen versuchen: Sollte es wirklich ein linkes Lager geben, so hatte dieses Lager zwischen 1998 und 2009 immer eine rechnerische Mehrheit. Dass SPD und Grüne zwischen 1998 und 2005 zweimal zur Regierungsbildung kamen, lag nach allgemeinem Diskussionsstand vor allem daran, dass es der SPD gelungen war, über ihre eher proletarisch geprägte Stammwählerschaft weit hinaus zu mobilisieren. „Neue Mitte“ („Innovation und Gerechtigkeit“) war das Angebot an eine in der Frage nach wirtschaftlicher Dynamik eher konservative Gruppe, die aber in den Fragen nach kultureller Modernität und nach sozialer Gerechtigkeit in Rot-Grün ein echtes Angebot sah. Wo ist diese Gruppe heute?

Noch 2005 hatte das vermeintlich „linke Lager“ zusammen 51 Prozent, während Merkel/Westerwelle zusammen auf 44 Prozent kamen. Vier Jahre später kommen Merkel/Westerwelle auf 48,4 und der vermeintliche „linke Block“



© CC_Eran Sandler

auf 45,6 Prozent. Die einen gewinnen 4,4 Prozent, die anderen verlieren 5,4. Dazu Infratest dimap: „Überdurchschnittliche Einbußen muss sie (die SPD) in der zahlenmäßig großen Gruppe der Angestellten hinnehmen, aber auch bei den traditionell ihr zugewandten Arbeitern“, also bei zwei völlig unterschiedlichen Gruppierungen in der Arbeitnehmerschaft.

Wenn wir heute wissen, dass drei von fünf Arbeitnehmern Angestellte oder Beamte sind, ist die These, wonach das vermeintlich „linke Lager“ seine rechnerische Mehrheit verloren hat, indem die „Neue Mitte“ sich von ihm abgewandt hat, zumindest noch nicht widerlegt. Die Summe der Stimmabflüsse an die Parteien „rechts“ der SPD – 520 000 an die FDP und 870 000 an die Union – und dann noch einmal 860 000 Stimmen an die Grünen, die möglicherweise auch nicht links von der SPD zu verorten sind, ergibt 2 290 000 Stimmen, die die SPD zumindest nicht nach links abgegeben hat. ... Gegenargumente sind willkommen.

Angenommen, es finden sich keine Zahlen, die etwas anderes belegen, als den Verlust der „Neuen Mitte“ an Merkel und Westerwelle. Welchen anderen Weg hätten wir Grünen – und das ist das Plädoyer dieses Artikels – als genau diese Wählerinnen und Wähler in den politi-

schen Auseinandersetzungen um Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Freiheit im Blick zu haben? Das Zurückgewinnen der „Neuen Mitte“ ist die einzige Möglichkeit, schwarz-gelb die Mehrheit streitig zu machen und somit den Raum für Machtoptionen überhaupt erst wieder zu eröffnen. Etwas anderes ist schon rechnerisch nicht zu machen, geschweige denn politisch mit einer starken grünen Partei.

Wir reden über das am Gemeinwohl orientierte Bürgertum, über Facharbeiter und Schichtleiterinnen, über junge Unternehmer, gutverdienende und kreative Akademikerinnen, die ihre ökonomischen Interessen hinter die Erfordernisse einer gesellschaftlichen Modernisierung und dem Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit zu stellen bereit sind. Diese Menschen sollen wir nicht kennen?! Diese Menschen sollen uns fremd sein?! Ist „Innovation und Gerechtigkeit“ – also die Ansprache jener „Neuen Mitte“ – etwa nicht genau der „Grüne Neue Gesellschaftsvertrag“, mit dem wir so erfolgreich für grüne Politik geworben haben? Ein Angebot: Wenn es nur um den Begriff geht, finden wir statt „Neue Mitte“ einen aktuelleren Begriff, bevor wir den Kampf aufnehmen.

Andreas Schulze

Berlin 2011: Rot-rot-grün? Jamaika? Warum wir uns darüber nicht streiten wollen.

Weil Koalitionsdebatten nicht nur die Medien, sondern auch die Partei bewegen, hat die Redaktion der Stachligen Argumente uns gebeten, uns ein wenig über Koalitionsoptionen nach der Abgeordnetenhauswahl 2011 zu streiten. Wahrscheinlich, weil wir bei inhaltlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei oft unterschiedliche Positionen haben. Aber über Koalitionsfragen wollen wir uns gar nicht streiten. Weil so eine Auseinandersetzung – im Gegensatz zu einem guten inhaltlichen Streit – uns als Partei nicht voranbringt. Deshalb schreiben wir lieber mal auf, worauf wir uns in der Koalitionsfrage einigen können.

Immer wenn in Berlin über künftige Koalitionen geredet wird, stehen wir Bündnisgrüne im Mittelpunkt der Debatte. Während SPD und Linkspartei uns als Reservearmee ihrer zunehmend schwächelnden rot-roten Koalition vereinnahmen wollen, fordern CDU und FDP, wir müssten uns zu einem Jamaika-Bündnis bekennen. Wir nutzen diese Situation derzeit ganz gut, messen die anderen Parteien daran, ob sie zu einer ökologischen und sozialen Modernisierung Berlins Willens und in der Lage sind. Damit lenken wir den Blick auf Grüne Inhalte.

Jamaika in Berlin? Die Berliner CDU hat selbst innerhalb der Union einen schlechten Ruf – und das nicht nur wegen ihrer ewigen Personalquerelen. Auch inhaltlich ist sie in den letzten Jahren kaum voran gekommen. Partei- und Fraktionschef Frank Henkel hat trotzdem vor kurzem die „Erneuerung“ der Berliner CDU für beendet erklärt – bevor sie überhaupt angefangen hat. Groß ist die Berliner CDU nur im Geldausgebenwollen, prüft aber bis heute nicht ihre Parlamentsanträge auf die Finanzierbarkeit.

Das hindert uns nicht daran, gerade in der Opposition in Sachfragen zusammenzuarbeiten. So funktioniert die Abstimmung auf der fachpolitischen Ebene zum Beispiel in der Wissenschaftspolitik aktuell ganz gut – gemeinsamer Feind eint halt. Zöllners destruktive Wissenschaftspolitik ist uns gemeinsam ein Dorn im Auge. Aber die Zusammenarbeit mit StudegebührenbefürworterInnen und VertreterInnen der Idee vom „Unternehmen Hochschule“

Immer wenn in Berlin über künftige Koalitionen geredet wird, stehen wir Bündnisgrüne im Mittelpunkt der Debatte

hat klare Grenzen. Schon beim größeren Teil von Zöllners Ressort, der Schulpolitik, stehen Grüne einerseits und CDU und FDP andererseits ohnehin auf völlig verschiedenen Seiten. Die Berliner CDU von heute ist nicht reif für eine Koalition mit uns Grünen. Wenn sie das bis 2011 ändern will, muss sie sich kräftigst auf grüne Inhalte zubewegen.

Rot-Rot-Grün: „Wenn es 2011 für Rot-Rot nicht reicht, nehmen wir halt die Grünen dazu“, ist eine verbreitete Haltung bei den Genossinnen und Genossen jeglicher roter Couleur. Aber wenn die Berlinerinnen und Berliner den rot-roten Senat bei der Abgeordnetenhauswahl hoffentlich abwählen, sollten wir dann einen gescheiterten Senat um weitere fünf Jahre verlängern helfen? Wären wir gut beraten, mit zwei Parteien zu regieren, die dann zehn Jahre lang gut eingespielt, deren Akteure persönlich befreundet und heftig in die Verwaltungen verdrahtet sind? Und immer der Buhmann sein, immer nur der widerwillig mit dazugelassene Mehrheitssicherer? Wir denken, dass das nicht unser Ziel sein kann.

Wenn SPD und Linke sich eine rot-rot-grüne Perspektive erhalten wollen, müssen sie viel dafür tun – nicht nur inhaltlich, auch im Politikstil. Für eine Fortsetzung der rot-roten Politik, die ihre Ideenlosigkeit mit Basta-Attitüde kompensiert, stehen wir sicher nicht zur Verfügung.

Wir sind zu selbstbewusst, um uns als Anhängsel irgendeiner Koalitionsoption zu verstehen. Wir sollten deshalb keinen Bindestrich-Wahlkampf machen, sondern mit einem grünen Wahlkampf neue Mehrheiten möglich machen. Wenn wir 2011 eine Wunschkoalition benennen müssen, hätten wir da einen Vorschlag: Grün-Rot. Damit könnten wir aber nur glaubhaft ins Rennen gehen, wenn wir weiter besser und stärker werden, wenn wir noch mehr Menschen mit noch mehr gut durchdachten und durchgerechneten grünen Konzepten begeistern können.

Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Michael Schäfer und Anja Schillhaneck

Über linke Lager und Mehrheiten

Nachdem der grüne Zuwachs am Wahlabend noch heftig beklatscht wurde, hört sich viele Kommentare am nächsten Tag differenzierter an. Sagen wir es mal so: Wir haben zwar eins unserer drei Wahlziele erreicht, nämlich zweistellig zu werden und so das bisher beste Bundestagswahlergebnis zu erzielen, aber – so kann mit ein wenig Kraft zur Selbstironie auch formuliert werden: Wir sind nun die einzige Bundestagspartei, die weniger als halb soviel Stimmen wie die SPD hat.

Wenn eine Partei wie die SPD in elf Jahren von etwa 20 Millionen Stimmen zehn Millionen verliert, dann geht es aber auch um mehr als nur ein einzelnes Wahlergebnis. Da auch manch grünes Herz „links“ schlägt, ist die Forderung aus „Rot-Rot-Grün“ ein linkes Lager zu formieren, leicht erhoben. Wenn die SPD aber bei der Arbeiterschaft die Führungsrolle an die CDU und bei den Arbeitslosen an die Linkspartei abgibt, dann gibt es eben ein echtes Problem, das auch nicht einfach mit dieser oder jener Koalitionsaussage gelöst werden kann.

Es gibt es durchaus „linke“ Wertemodelle. Deren genauere Betrachtung führt aber zu teilweise überraschenden Ergebnissen. So stellte Infratest/DIMAP beispielsweise dem Wahlvolk die Frage: Solidarität oder Leistung: Für welche der beiden Werte sollte sich die Politik stärker einsetzen? Das Ergebnis ist bezogen auf die parteipolitische Orientierung bemerkenswert, jedenfalls wenn „Solidarität“ nach wie vor für eine klassisch linke Wertekategorie gehalten wird. Im Ergebnis stehen die Grünen (84 Prozent Solidarität und 7 Prozent Leistung) hier nämlich am weitesten „links“, gefolgt von der SPD (70:22), den „Linken“ (68:18) und dann mit Abstand FDP (47:45) und CDU (40:43).

Ein „linkes Lager“ funktioniert wohl weder allein über die soziale Lage noch allein über die Wertekategorien. Die politische Definition eines linken Lagers kann aber auch weder theoretisch noch praktisch allein über die schlichte Addition von Parteien sinnvoll erfolgen. Es erscheint notwendig, sich von der Orientierung auf die Parteien zu lösen und umgekehrt erst die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus daraufhin zu untersuchen, welche Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen sie prägen und welche Einstellungen daraus entstehen – oder: Warum erreichen wir die gesellschaftlichen Milieus so wenig, in denen die SPD verliert?

Unter dem Motto „Teilhabegerechtigkeit“ werden in der Diskussion unserer Partei seit einigen Jahren die Bereiche Bildung und Soziales zusammengeführt. Unstrittig daran ist, dass Bildung bereits heute und in der Zukunft wohl noch stärker die soziale Stellung des oder der Einzelnen, aber auch die Möglichkeiten der Gesellschaft insgesamt bestimmen werden. Bildung dürfte auch oder gerade für die Kinder sogenannter „bildungsferner Schichten“ der Schlüssel für künftige soziale Teilhabe sein. Unser Problem besteht hier in der subjektiven Sicht der „Betroffenen“. Sie nehmen „Bildung“ häufig als Selektionshebel wahr, der sie in die Chancelosigkeit hinein sortiert hat. Bildung bedeutet für sie infolgedessen das Erlebnis des Scheiterns, des Nicht-Mithalten-Könnens und der Fremdbestimmung durch andere.

Solange die Betroffenen selbst Bildung nicht als Chance sehen, wird es uns nur schwer gelingen, Bildung zum Schlüssel grüner „Sozialkompetenz“ zu machen. Der Berliner Landeswahlleiter formulierte dies in seiner Kommentierung des Bundestags-Wahlergebnisses so: „GRÜNE (sind) nicht die Partei der benachteiligten Gebiete“.

Die SPD hat aber nur weniger als die Hälfte ihrer Verluste nach links abgegeben. Ihr Problem besteht eben auch in den Verlusten bei der recht gut qualifizierten Facharbeiterschaft in den klassischen Industrien. Hier war die SPD immer Garant für die Sicherung von Einkommen und Status, allerdings auch immer um den Preis gigantischer Finanztransfers und ökologischer Ignoranz, von den Steinkohlesubventionen aus den 60er Jahren bis zur Abwrackprämie des Jahres 2009. Hier ist ein gesellschaftliches Milieu entstanden, das sich in der Verteidigung der klassischen Industrien gegen den Globalisierungsdruck sieht.

Unsere Idee eines „Green New Deal“ ist zwar grundsätzlich geeignet, in diesem Milieu zu mobilisieren, allerdings bisher nur zu einem geringen Teil. Der „Green New Deal“ fordert die Bereitschaft zur Veränderung und konkurriert mit dem konservativen Angebot vom Strukturerehalt. Das hat die CDU längst begriffen und schafft sich einen „Arbeiterführer Jürgen Rüttgers“, der im Zweifel sein Nokia-Handy in die Ecke wirft und wenn dann gar die Symbole der guten alten Zeit in Gefahr geraten, dann finanziert ein Horst Seehofer zur Not auch den Quelle-Katalog.

Wir haben es bei der Arbeitnehmerschaft heute mit einer eher defensiven Haltung zu tun. Ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen stehen bei der Masse der Arbeitnehmerschaft für die Bedrohung von Status und Wohlstand. Heute werden Abwehrkämpfe geführt, egal ob um Karstadt oder Opel. Wer sich heute aber gezwungen sieht, ständig für die Bewahrung irgendwelcher Strukturen zu kämpfen, ist auch für konservative Politikmodelle empfänglich, zumindest solange sie sich in die Form einer „sozialdemokratisierten“ CDU kleiden.

Egal, ob wir die aktuellen Probleme der SPD mit Spott oder Mitleid betrachten, es sind Probleme, zu deren Lösung es mehr bedarf, als den Austausch einiger Personen oder der Erklärung, sich nunmehr nach „links“ zu öffnen. Die SPD hat nicht nur ein desaströses Wahlergebnis hinter sich, sondern auch die Drohung des Schicksals der italienischen und französischen Sozialisten vor Augen.

Derweil sollten wir uns daran machen, unsere eigenen Probleme zu lösen. Da hat uns die Bundestagswahl mindestens zwei schwerwiegende hinterlassen: Bildung als unser zentrales Angebot zur sozialen Teilhabe greift bei den von sozialer Ausgrenzung besonders Betroffenen kaum und der „Green New Deal“ wird von der klassischen Arbeitnehmerschaft nur in geringem Umfang als ein Projekt zur Zukunftssicherung angenommen. Lösen wir als Grüne diese Probleme, haben wir für eine linke Mehrheit in der bundesdeutschen Gesellschaft mehr getan, als es die Mathematik durch die Addition von Wahlergebnissen einzelner Parteien zu leisten vermag.

Micha Wendt



Grüne als innerstädtische Regierungspartei

Die Grünen sind in den Berliner Innenstadtbezirken inzwischen stärkste Partei, wie die vergangenen Wahlen zeigten. Doch wie gehen sie erfolgreich mit der Gratwanderung zwischen Graswurzelpartei und Regierungsverantwortung um?

Europa- und Bundestagswahl haben gezeigt, dass Bündnis 90/Die Grünen in den Innenstadtbezirken inzwischen stärkste Kraft sind. 46,8 Prozent (+3,5) der Friedrichshain-KreuzbergerInnen wählten Christian Ströbele zum dritten Mal direkt in den Bundestag. Mit 27,4 Prozent holten die Berliner Grünen im Wahlkreis 84 das bundesweit beste Zweitstimmen-Ergebnis. Für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (ohne Prenzlauer Berg Ost) erreichten die Grünen sogar ein Plus von 5,7 und kamen auf 29,2 Prozent. Auch in Mitte lagen die Grünen bei den Zweitstimmen vorn.

In Friedrichshain-Kreuzberg ist das Phänomen Grüne als stärkste Partei nicht neu. Bereits seit 2006 sind sie stärkste Fraktion im Bezirk und stellen mit dem Bürgermeister und zwei Stadträtinnen die Mehrheit im Rathaus. Diese Regierungsverantwortung führt schon heute zu ungewohnter Inanspruchnahme. Das zeigt beispielsweise der Konflikt um die Admiralsbrücke. Anders als beim Streit um Atomkraft oder die A 100, stehen hier auf beiden Seiten des Konfliktes die klassischen Grünen-WählerInnen. Links-alternatives Studi-Milieu vs. alternative junge Familien mit Kindern. Die einen beschwerten sich als AnwohnerInnen über den Lärm, der vom beliebten Party-Treffpunkt an Sommerabenden ausgeht. Die anderen wollen sich die einmalige Ausgeh-Location auf der Brücke nicht kaputt machen lassen. Und beide Seiten üben als Lobby-Initiativen starken Druck auf die Grünen aus.

Neben dieser Vielzahl an unterschiedlichen Ansprüchen aus den eigenen Reihen müssen die Grünen darüber hinaus als Regierungspartei in Friedrichshain-Kreuzberg auch für vernachlässigte Kinder, Obdachlose oder Drogenabhängige Verantwortung übernehmen, also für Menschen, die keine eigene Lobby haben. Das führt, wie die Diskussionen um den Druck-Raum am Kottbusser Tor zeigt, selbst in tiefgrünen Kiezen zu heftigen Reaktionen.

Verschärfend kommt hinzu, dass dem politischen Handlungsspielraum auf Bezirksebene durch EU-Recht, Bundes- und Landesgesetze enge Grenzen gesetzt sind. Außerdem hat die Berliner Finanz-Systematik die Bezirke von den Zuweisungen des Landes abhängig gemacht. Dank des rot-roten Senats sind jedes Jahr weniger Gelder frei verfügbar; die Rahmenbedingungen verschlechtern sich damit drastisch. Die Bezirkspolitik muss sich dafür von der Bevölkerung vor Ort strafen lassen. Denn es hilft auch die beste Aufteilung des Kuchens nichts, wenn der Kuchen nun mal nicht für alle reicht.

Ein Spannungsfeld aus gestiegenen – sich teilweise sogar widersprechenden – Erwartungen der WählerInnen, unseren politischen Positionen und den engen Rahmenbedingungen, ist die Folge. So ist es im politischen Alltagsgeschäft besonders wichtig, die Prozesse transparent zu gestalten und die Bevölkerung an Entscheidungen zu beteiligen. Nur so wird verständlich, warum welche Entscheidungen sinnvoll sind – und vor allem, welche Rahmenbedingungen der Bezirkspolitik Grenzen setzen.

Auch aus diesem Grund hat direkte Bürgerbeteiligung in Friedrichshain-Kreuzberg eine lange Tradition und wird hier weit über das gesetzlich Vorgeschriebene oder an-

derswo Übliche praktiziert. Das zeigen besonders die Beispiele Bürgerhaushalt und Beteiligung unter dem Stichwort Stadtentwicklung von unten.

Zur erfolgreichen Bürgerbeteiligung gehört auch die öffentliche Diskussion bei Veranstaltungen oder an Ständen auf der Straße. Das ermöglicht es den Grünen, die eigene Politik stets durch die Augen der Bevölkerung kritisch zu hinterfragen. Und wie das Beispiel um die geplante Sanierung des Luisenstädtischen Kanals zeigt, muss eine gefällte Entscheidung dann gegebenenfalls auch verändert werden.

Die wohl bekannteste Bewegung der Stadt ist derzeit die Initiative „Mediaspree versenken“. Nach ihrem erfolgreichen Bürgerentscheid zum Spreeufer ist sie nun aktiv an der Arbeit im Sonderausschuss beteiligt. Ein guter Ansatz, um bürgerschaftliches Engagement und Bezirkspolitik zusammenzubringen. Erst dies führte zu Verständnis und später zu gemeinsamen Erfolgen.

Antje Kapek

Ein trojanisches Pferd für direkte Demokratie

3,4 Prozent holte die Piratenpartei bei der Bundestagswahl. Grund genug für die Stachligen Argumente im Streitgespräch von Tina Gerts (Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen) und Florian Bischof (Landesvorstand und Spitzenkandidat der Piratenpartei) nach Fehlern der Grünen, Gemeinsamkeiten und strategischer Partnerschaft zu fragen.

Stachlige Argumente:

Herzlich Willkommen Tina, Florian. Es gibt viele Menschen die behaupten, die Piratenpartei sei „Fleisch vom Fleische der Grünen“.
Was meint ihr dazu?

Florian: Es ist Aufgabe jeder Generation, die drängendsten Themen ihrer Zeit in die Politik zu tragen. Das war bei der Umweltbewegung mit den Grünen vor einigen Jahren so. Wir sind jetzt in das Informationszeitalter gestartet und damit ist es an der Zeit, eine neue politische Kraft zu etablieren. „Fleisch vom Fleische der Grünen“ – das kann ich nicht unterschreiben. Sicher gibt es auch einige frustrierte Grüne, die zu uns gewechselt sind. Aber unsere Mitglieder und Wähler kommen aus ganz unterschiedlichen Lagern – von den Liberalen, von der SPD, von der Linken – und vor allem auch viele junge Menschen, die noch gar nicht politisiert waren. Es ist keine Kannibalisierung bei den Grünen – wir sind eigenständig und bewegen uns nicht nur im grünen Terrain.

Stachlige Argumente:

Es fällt auf, dass die Piraten dort besonders gut abgeschnitten haben, wo auch die Grünen stark sind: Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg. Sicherlich erreichbare WählerInnen. Was haben die Grünen falsch gemacht?

Tina: Ich glaube nicht, dass wir unbedeutend etwas falsch gemacht haben. Ich stimme Florian zu: Die Anliegen der Netzpolitik sind vor allem in der jungen Generation verwurzelt. Das

Thema ist hier so wichtig, dass es einigen schwer erträglich ist, wenn es in einer Partei eben nur eines von vielen ist. Wir Grünen müssen ein breites Themenspektrum abdecken – die Piratenpartei kann sich konzentrieren. Wir haben ja festgestellt, dass viele netzpolitische Themen von uns und der Piratenpartei gleich behandelt werden, dass wir ähnliche Thesen aufstellen und zu gleichen Forderungen kommen. Es ist Ausdruck des Gefühls einer Generation, die sich im Netz zu Hause fühlt – kein genuin grüner Fehler.

Florian: Das glaube ich im Übrigen auch nicht. Diese Bündelwahl, die unser System vorsieht, bringt Probleme mit sich. Die Welt, in der wir leben, wird immer komplexer; mehr Themen sind relevant; das Rechts-Links-Schema verschwimmt. Die Menschen haben aber nur zwei Stimmen und können damit schlecht gewichten. Wenn man die Grünen wählt, weiß man eben nicht, ob ihnen im Zweifelsfall der Atomausstieg wichtiger ist als der Abbau des Überwachungsstaates. Als Wähler kann ich das nicht beeinflussen. Durch den Erfolg der Piratenpartei wird unserem Kernthema mehr Gewicht verliehen.

Stachlige Argumente:

Deine These kann man aber auch umdrehen: Die Piraten sind eine „Ein-Punkt-Partei“ und die Menschen wollen vielleicht auch wissen, was ihr zum Thema Energie oder Soziale Sicherheit zu sagen habt!

Florian: Zunächst kritisiere ich, dass

man sich zu allem äußern muss. Es ist nicht wahrscheinlich, dass wir die absolute Mehrheit bekommen. Wir haben ein Kernprogramm, das ist für uns unverhandelbar. Für andere Themen geben wir Präferenzsagen ab – sagen aber auch ehrlich, dass wir diese Themen nicht für so wichtig erachten, dass wir dafür unsere Kernanliegen aufgeben würden. So laufen wir nicht Gefahr, die Glaubwürdigkeit zu verlieren, indem wir die Menschen enttäuschen.

Tina: Wir leben aber nun mal im Parlamentarismus. Wäret ihr in den Bundestag gekommen – oder schafft es 2011 in Berlin – müsstet ihr euch doch mit allen Themen befassen. Ich habe viel Sympathie für eure Positionen in der Netzpolitik und den Anspruch, das Thema nach vorn zu treiben. Wir jungen Grünen – auch bei uns ist das eine Generationenfrage – kommen vielleicht langsam voran. Ihr versprecht den schnellen Erfolg, seid dafür aber auf den anderen Augen blind.

Florian: Wir sind eine junge Partei. Wir wollen auch nicht riskieren, unser Programm zu verwässern. Uns ist es wichtig, dass wir ein klares Signal setzen für die Netzpolitik und die Wahrung von Bürgerrechten. Mit einem Vollprogramm hätten wir das nicht geschafft. Für die nächsten Wahlen wollen wir unser Programm erweitern – auch für Berlin. Wir wollen ein System schaffen, online zu jedem Thema schnell ein Votum abzugeben. Nicht nur alle vier Jahre mitzuentcheiden, sondern bei jeder Einzelentscheidung! Wir wollen die

Möglichkeiten des Informationszeitalters auch bei der innerparteilichen Demokratie nutzen. Klar, die Grünen sind größer und haben manche – sicher auch schmerzhaft – Erfahrung machen müssen in Sachen Basisdemokratie. Ich halte aber z.B. ein Delegiertensystem für falsch.

Stachlige Argumente:

Ihr wollt für die Berliner Wahlen antreten und ein Erfolg – zumindest auf Bezirksebene – ist da ja möglich. Meinst Du nicht, dass die Menschen dann wissen wollen, ob ihr in den Senat wollt oder nicht?

Florian: Ich sage ganz offen: Viele kommunalpolitische Fragen lassen sich aus unserem Kernprogramm nicht beantworten. Wir wollen aber für eine strukturelle Systemänderung eintreten und Entscheidungen an die Basis tragen. Eine Art trojanisches Pferd für direkte Demokratie. Wir wollen einen virtuellen Diskursraum schaffen und die Piraten mit ihrer IT-Kompetenz haben auch die technischen Möglichkeiten dazu. Im Übrigen sind wir als Piraten natürlich auch froh über jeden, der uns dann naheifert und stellen Euch die Technik gern zur Verfügung.

Tina: Wir haben da durchaus schon unsere Erfahrungen. Die Grünen waren die erste Partei, die einen virtuellen Parteitag durchgeführt haben. Letztendlich sind wir aber auch auf bedeutende Probleme gestoßen: Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass der digitale Gap größer wird. Zu wenig Menschen sind in der Lage mit dem Internet souverän

umzugehen und es haben immer noch zu viele Menschen gar keinen Zugang zum Netz. Wir müssen dann auch über fehlende Medienkompetenz sprechen. Ihr lasst – auch bei Fragen der Bildung – die ältere Generation völlig aussen vor! Die Rentner haben euch mit Null Prozent gewählt, das zeigt, dass die ganze Frage ein Generationenanliegen ist. Das ist aber ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die digitale Spaltung ist schon heute auch eine Frage von Chancengerechtigkeit.

Florian: Ich kann dich da beruhigen – da arbeiten wir ganz intensiv dran. Hier liegt auch ein Grund, warum ihr Grünen das nicht so offensiv umsetzen könntet. Wenn eure Basis nicht so internetaffin ist, ist es natürlich schwierig entsprechende Instrumentarien einzusetzen.

Tina: Gibt es denn bei euch keinen Anspruch, sich auch den Älteren zu öffnen?

Florian: Viele Themen gehen auch ältere Menschen an. Meine Oma ist auch „Raubkopiererin“ – wenn sie beim Stricken mit geklauten Mustern arbeitet. Aber du hast recht: Wir müssen diese Fragen auch der älteren Generation zugänglich machen – und auch sozial schwächeren Menschen! Ich finde es unglaublich, dass man bei Hartz IV noch immer den Fernseher bezahlt bekommt – aber keinen Internetzugang!

Stachlige Argumente:
Sind Grüne und Piraten – etwa im Blick auf 2011 – eigentlich strate-

gische Gegner oder Partner? Wer möchte zuerst?

Tina: Fang Du mal an!

Florian: Ich arbeite gern mit den Grünen zusammen, die sich mit unseren Themen auseinandersetzen und sehe sie da schon als Partner. Wobei ich das natürlich nicht auf die Grünen eingrenzen darf. Unser aller Ziel sollte sein, dass möglichst viele Politiker unsere Themen endlich ernst nehmen. Ich bin schon stolz auf die kleine Lawine, die wir da ausgelöst haben. Selbst in der CDU gibt es auf einmal bekennende Piraten. Wenn auch sicher nicht so viele wie bei den Grünen!

Tina: Im Punkto Netzpolitik sind die Piraten auf jeden Fall Partner. Was für mich entscheidend sein wird ist aber, wie ihr euch in den anderen Themen aufstellt. Im Parlament ist es nun mal so, dass viele Themen zu bearbeiten sind und da muss ich wissen, mit wem ich es zu tun habe. Ihr könnt euch dann schlecht in einer Haushaltsdebatte hinstellen und sagen: „Wartet mal, bis wir das diskutiert haben!“ Ich bin gespannt zu beobachten, wie ihr den Prozess durchlauft, den wir schon durchlaufen haben: Nämlich wie man aus einer Bewegung kommend im Parlamentarismus sich bewegt. Das ist dann die Entdeckung der Langsamkeit und des Kompromisses.

Stachlige Argumente:
Ich danke Euch für Eure Zeit.

Das Interview führte Ronald Wenke

Neustart im Netz

Im Umgang mit den Themen der Informationsgesellschaft wurde bei den Grünen langfristig eine Menge richtig gemacht, jedoch nicht mit der gebotenen Intensität. Digital- bzw. Netzpolitik war ein Expertenthema. Weder in der Bundestagsfraktion noch in den zuständigen Gremien wurde dieses Querschnittsthema ausreichend berücksichtigt.

Im Jahr 2009 wurde bei der Abstimmung über die Netzsperrungen von der grünen Bundestagsfraktion ohne Not viel Porzellan zerschlagen. Gut ein Drittel enthielt sich bei der Frage, ob Webseiten, auf denen sich Kinderpornografie befinden sollte, durch eine geheime BKA-Sperrliste unzugänglich gemacht werden sollten. Technisch unsinnig: Derartige Sperren lassen sich mit einigen wenigen Klicks in den Computer-Einstellungen umgehen. Rechtsstaatlich ist das Gesetz äußerst bedenklich, es ist fraglich, ob es eine Verfassungsbeschwerde überstehen wird. Zudem ist es in fast allen Fällen möglich, kinderpornografische Inhalte direkt löschen zu lassen, anstatt sie nur zu sperren. Es gab also kein Argument, sich in der Opposition bei diesem Gesetz zu enthalten.

Die Fraktion war auch nicht in der Lage, die gravierenden Folgen antizipieren. Die Führung wies nicht auf die Brisanz dieser Abstimmung hin. Bis auf eine Person kündigten die Abgeordneten ihr parteischädigendes Abstimmungsverhalten nicht vorher an. Zwar wurde ein Fraktionsbeschluss gefasst, dieser scheint aber weder als bindend noch als irgendwie relevant angesehen worden zu sein. Noch am Tag der Abstimmung hatte ich mit einem Abgeordnetenbüro massive Streitigkeiten, weil ich mit dem Argument „Es könnte peinlich werden“ die Veröffentlichung dieses Beschlusses in meinem Blog ablehnte.

Die Quittung bekamen wir netzpolitisch Engagierten bei den Grünen postwendend serviert: Als klar wurde, dass sich rund ein Drittel der Fraktion enthalten hatte, ergoss sich kübelweise Spott über uns. Die Otto-Kataloge und das Luftsicherheitsgesetz wurden uns sofort wieder unter die Nase gerieben. Auf die Grünen sei eben beim Thema bürgerliche Freiheiten doch kein Verlass mehr, hieß es.

Als verkürztes, aber doch zutreffendes Argument wurden dabei stets „die grünen Enthaltungen“ angeführt. Dass sich dann auch noch Bremer

Fraktionsvorsitzende Matthias Güdner entblödete, die versammelte Netzcommunity mit einer Polemik auf Welt Debatte als hirnlos zu beleidigen, schlug dem Fass den Boden aus. Das jahrelange, mühsame und nicht immer erbauliche Engagement war von ein paar wenigen Netz-Ignoranten erst einmal zunichte gemacht.

Denn schon seit den Zeiten der „New Economy“ hatten sich einige wenige Grüne mit Netzpolitik intensiv auseinandergesetzt. Dies mündete in Beschlüssen wie „Informationsgesellschaft - greenIT“ und in differenzierte Wahlprogramm-Kapitel. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte ein „Referat für Neue Medien“, das bis zu seiner Auflösung im Jahr 2004 viel auf die Beine stellte. Diese Initiativen waren jedoch weder massentauglich, noch betteten es sie grüne Netzpolitik nachhaltig in das grüne Gesellschaftsbild ein. Netzpolitik lief irgendwie so nebenher, da gab es so „Nerds“, die das bearbeiteten, aber ein wirklicher Bezug zu grüner Politik wurde nicht hergestellt.

Das hat sich bereits jetzt schon geändert. Vielleicht durch den heute nicht mehr zu übersehenden Aufstieg der Piratenpartei, vielleicht auch, weil sich parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung auch bei den Grünen das Bewusstsein für die Relevanz des Netzes für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik schärfte.

Eine „kritische Masse für grüne Netzpolitik“ könnte bald erreicht sein: Seit kurzem nennt sich die BAG Medien „BAG Medien und Netzpolitik“. In der Bundestagsfraktion soll es in der kommenden Legislatur eine eigene Arbeitsgruppe zu netzpolitischen Fragen geben, außerdem wurde erstmals mit Konstantin von Notz ein netzpolitischer Sprecher benannt. Viele junge und alte Politiker, die das Netz selbstverständlich benutzen, sind in den Bundestag und anderswo in verantwortungsvolle Positionen gelangt. Das sind hoffnungsvolle Neuanfänge.

Schade ist, dass Grün seine Vorreiterrolle in der Digital- und Netzpolitik erst einmal verloren hat. Kompetenz in diesem Bereich wird - unabhängig von der wirklichen Kompetenz - der Piratenpartei zugeschrieben. Es ist Sache der gesamten Partei zu entscheiden, ob sie der Piratenpartei diese Vorreiterrolle wieder abjagen will. Es wäre den Grünen zu wünschen, dass ihnen das gelingt.

Julia Seeliger

Julia Seeliger (30) ist Redakteurin bei taz online. Vorher war sie zwei Jahre im grünen Parteirat, sowie Schatzmeisterin der Grünen Jugend. Seit 2004 befasst sie sich mit den Themen der Informationsgesellschaft.

„Frank Henkel ist kein Ole von Beust“

Ramona Pop ist neugewählte Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus. Im Gespräch mit den Stachligen Argumenten spricht sie über grünen Führungsanspruch, künftige Koalitionen und Flügelstreit in der Fraktion



Ramona Pop

Stachlige Argumente:

Ramona, einen herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neue Fraktionsvorsitzende. Sprechen wir jetzt eigentlich mit der nächsten Regierenden Bürgermeisterin von Berlin?

Ramona Pop:

Ihr sprecht mit der neugewählten Fraktionsvorsitzenden, die sich über das große Vertrauen der Fraktion freut und einen guten Job machen will.

Stachlige Argumente:

Es gibt in der Partei schon die Überlegung, ob man nicht 2011 mit einer oder einem KandidatIn für den Posten des Regierenden Bürgermeisters in die Wahl gehen sollte.

Ramona Pop:

2011 wird entschieden, wie wir in die Wahl gehen, ob wir eineN eigeneN KandidatIn aufstellen. Und entschieden wird es von einem Parteitag und nicht von der frischgewählten Fraktionsvorsitzenden in den ersten Arbeitswochen. Wir sehen aber, dass sich das Parteiensystem in Berlin ändert. Wir haben vier mittelgroße und eine kleine Partei. Ob es dann eine Selbstverständlichkeit bleibt, dass zwei Parteien Bürgermeisterkandidaten stellen und die anderen drei Parteien diese nur wählen

dürfen, muss sich noch zeigen.

Eines ist klar: Die 17,4 Prozent bei der Bundestagswahl sind ein großartiges Ergebnis, begründen aber noch keinen Anspruch auf den Posten des/der Regierenden BürgermeisterIn. Das wäre heute eher ein Zeichen von Größenwahn.

Stachlige Argumente:

Verbunden mit dem Anspruch auf den Posten wäre ja auch ein Anspruch auf inhaltliche Führung. Sind wir wirklich so breit aufgestellt oder bleiben wir nicht Projektpartei und Korrektiv?

Ramona Pop:

Die Zeiten sind vorbei, wo die Grünen nur bei der Umweltpolitik und wenigen anderen Themen als kompetent wahrgenommen wurden. Unser Markenkern ist natürlich die Ökologie. Wir sind aber inzwischen mit unseren Konzepten breit aufgestellt: In der Bildungspolitik, aber auch bei der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sind wir ein Gegengewicht zu Rot-Rot - mit einem Ansatz, der von einem ermutigenden Sozialstaat ausgeht.

Natürlich gibt es auch Felder, wo wir noch Lücken füllen müssen: In der Frage der sozialen Stadtentwicklungspolitik müssen wir noch

nachlegen. Rot-Rot hat hier keine Ideen und Konzepte. Sie lassen die Entmischung der Kieze zu, statt zu fragen, was man tun kann, um die soziale Mischung zu erhalten: von den Familien mit Kindern über die Normal- und Gutverdienenden - die gehören auch dazu! - bis hin zum Hartz-IV-Empfänger. Da müssen wir stärker rein.

Wir haben eine gute und breite Aufstellung, wir sind in Berlin ja immer schon stärker als etwa in einem Flächenland. Etwa bei der Frage, wie wollen wir grüne Jobs schaffen: Hier können wir dieser Stadt richtig was anbieten. Rot-Rot setzt einzig auf den Dienstleistungssektor mit schlechten Arbeitsbedingungen und mieser Bezahlung. Berlin ist für uns nicht nur Dienstleistungsstadt, sondern muss die Stadt der Green Economy werden: mit grüner Industrie, mit neuen Technologien, mit Innovation. Wenn wir bis 2011 als die Reformwerkstatt der Stadt in diese Richtung weiterarbeiten, dann habe ich keine Bange. Dann kommt an uns keiner mehr vorbei.

Stachlige Argumente:

Die Themen sind für dich Wirtschaft, Soziales, Umwelt?

Ramona Pop:

Ja, Klimaschutz und die ökologische Erneuerung der Stadt liegen bei Rot-Rot völlig brach. Klaus Wowereit hat mit Vattenfall vereinbart, dass der Großkonzern bis zum Jahr 2020 nur 15 Prozent CO2 einsparen muss. Und alle anderen sollen die Zeche dafür zahlen und durchschnittlich 24 Pro-

zent einsparen: die privaten Haushalte, die öffentlichen Unternehmen, die BVG usw. Das ist eine Politik, die wir anders machen werden - für den Klimaschutz statt für Vattenfall. Ein zweites Thema, das Rot-Rot nicht angeht, ist die Frage der energetischen Sanierung. Momentan haben wir Glück mit den gesunkenen Energiepreisen. Diese werden aber wieder steigen. Dann wird es zu einer sozialen Frage, wie wir unseren Gebäudebestand so sanieren, dass das Geld nicht zum Fenster hinaus verfeuert wird. Und dass die Mieten trotz energetischer Sanierung bezahlbar bleiben. Das ist eine Herausforderung, die genau an der Schnittstelle zwischen Ökologie und Gerechtigkeit liegt - und hier sind wir gefordert, Antworten zu liefern. Die Sozialdemokraten können es nicht.

Stachlige Argumente:

Mit 20 Prozent - ist man da eigentlich Volkspartei? Wir haben 4000 Mitglieder in Berlin und wir müssen mehr Menschen ansprechen. Wie soll das gelingen?

Ramona Pop:

Wir sind keine Volkspartei. Volksparteien im klassischen Sinn wird es wohl auch nicht mehr geben, dafür ist die Gesellschaft zu vielfältig und individualistisch geworden. Wir sind eine Inhaltspartei und können damit viele Menschen ansprechen und gewinnen. Wir bieten eine breite Politikpalette mit klarer Zukunftsorientierung.

Und letztlich das gute grüne Credo: Mann und Frau sollen auf die

Menschen zugehen und nicht in den Büros und Geschäftsstellen sitzenbleiben. Im Vergleich zu Rot-Rot können wir mit unserer Dialogpolitik die Menschen ansprechen. Deren Umgang insbesondere mit der direkten Demokratie zeigt, dass sie nicht bereit sind, mit den Menschen dieser Stadt Politik zu machen, sondern sich lieber im roten Rathaus einmauern.

Stachlige Argumente:

Was die Volksparteien groß gemacht hat, war die Verankerung in den Kiezen und in jedem Kleingärtnerverein, über die Handelskammer bis zu den Gewerkschaften. Das erlebt man bei den Grünen weniger.

Ramona Pop:

Was ich aber durchaus sehe, ist eine gute Verankerung der Grünen in der Stadt, da wo es Initiativen gibt, wo vor Ort Dinge bewegt werden. Nicht unbedingt als Partei - aber mit grünen Einzelpersonen sind wir erkennbar und vertreten. Und wir sind angeschlossen an das großstädtische Milieu, also diejenigen, die für ihre Kinder eine gute Bildung wünschen, aber auch die sozialen Konflikte nicht übersehen. Sie erkennen bei uns, dass die Fragen unserer Zeit nicht mehr im Gegensatz von Ökologie und Ökonomie, auch nicht im Gegensatz von Ökonomie und Gerechtigkeit gelöst werden können. Sie trauen uns zu, dass wir diese Dinge zusammen denken.

Stachlige Argumente: Die Presse bezeichnet uns als die „linke, bürgerliche Partei“. Gehen wir 2011 in eine linke oder eine bürgerliche Koalition?

**Ramona Pop:**

In den Bundesländern gibt es unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Das hängt offenbar auch mit den Inhalten und Personen vor Ort zusammen. Für uns in Berlin ist es wichtig, Offenheit zu signalisieren, wenn unsere Inhalte wie skizziert durchsetzbar sind und uns keinen Koalitionen zu verwehren. Ich meine aber, dass zur Offenheit dazugehört, zu wissen, wo man verortet ist. „Wir sind nicht links, nicht rechts, sondern vorne“ – das ist ein Bild, das ich nicht teile. Wir sind eine Partei der linken Mitte.

Es kann auch charmant sein, als Partei der linken Mitte bestimmte Projekte mit den Schwarzen, der CDU, zu machen. Für manche Fragen

– wie etwa die Schulreform in Hamburg – brauchen wir einfach eine breitere politische Mehrheit, als sie nur durch ein Lager abzusichern ist. In Berlin ist Frank Henkel kein Ole von Beust und wird es wohl auch nicht mehr werden. Die CDU hat sich in der Opposition bis heute wenig weiterentwickelt, die zaghafte Versuche die es gab, wurden nicht fortgesetzt.

Stachlige Argumente:

Es gibt in der Fraktion ein in der öffentlichen Wahrnehmung durchaus streitbares Verhältnis zwischen Linken und Reformern. Wie möchtest Du als Fraktionsvorsitzende da verbindend wirken?

Ramona Pop:

Ich bin – so habe ich es wahrgenommen – als Ramona Pop gewählt worden, mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen. Es gibt natürlich

in der Fraktion unterschiedliche Gruppen – übrigens mehr als zwei –, doch ich erkenne nicht die großen inhaltlichen Fragen, die uns auseinander treiben. Flügel sind sinnvoll, wenn sie Diskussionen strukturieren und inhaltliche Fragen konträr und konstruktiv diskutieren. Wenn Flügel sich aber – wie bei der SPD – nur als Personalfindungskommissionen verstehen, dann ist mir das zu mager. Ich wurde als Fraktionsvorsitzende für die ganze Fraktion gewählt, darin sehe ich die Verantwortung, auch Inhalte und Positionen mitzunehmen und zu vertreten, die vielleicht nicht immer meine sind. So will ich arbeiten: Gerne kontrovers in der Sachdiskussion, aber geschlossen in der Vertretung der Dinge, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Stachlige Argumente:

Herzlichen Dank für Deine Zeit!

Das Interview führte Ronald Wenke

Europawahl 2009: 14 aus 55

Mit einem betont pro-europäischen Kurs und dem Green New Deal als Priorität haben wir Europäischen Grünen in vielen EU-Ländern unser bisher bestes Ergebnis erreicht. Nicht die Volkspartei, die Sozialisten, Liberalen oder Linken haben dazu gewonnen, sondern wir. Dank 12,1 Prozent bundesweit und sagenhaften 23,6 Prozent in Berlin stellen wir 14 von 55 Abgeordneten der Fraktion Greens/EFA im EP. Dieses Ergebnis fiel nicht vom Himmel, sondern ist Resultat unermüdlicher und überzeugender Arbeit. Danke dafür besonders an euch Berliner Grüne!

Europa nach dem Drahtseilakt zum Vertrag von Lissabon

Die Iren haben endlich „Ja“ gesagt zum Lissabon-Vertrag. Dem Querulanten in Prag, Präsident Vaclav Klaus, wurde die Unterschrift abgerungen. Nun wird der Vertrag zur Reform der EU endlich in Kraft treten. Um Europa aus dem Krisen-Feeling herauszubringen, muss aber mehr passieren: An der Spitze brauchen wir neue Köpfe, die pro-europäisch denken. Den Streit um Barroso haben wir dank Angela Merkel verloren. Aber auch ohne direkten Einfluss bei Personalentscheidungen setzen wir uns als Grüne Fraktion für starke Frauen und eine Vertretung der neuen Mitgliedstaaten ein: Die Irin Mary Robinson, die Lettin Vaira Vike-Freiberga oder die Finnin Tarja Halonen sind hervorragende und geeignete Politikerinnen. Merkel, die ihre Rolle der ersten Kanzlerin gerne annimmt, wimmelt diese Vorschläge aber ab und betont, dass Geschlecht der Kandidaten spiele keine Rolle.

Stattdessen schickt sie mit Günther Oettinger einen Mann in die Kommission, der mit seiner skandalösen Filbinger-Rede, zweifelhaften Freunden und alkoholseligen Männerabenden von sich reden macht. Frisch nominiert fällt dem Loser aus Baden-Württemberg nichts anderes ein als anzukündigen, den Einfluss der Umweltpolitik in Brüssel zu beschneiden. Wer weiter Wirtschaftspolitik gegen Umweltinteressen setzt, der gehört nicht nach Brüssel!

Europäisches Klima: Die Klimakanzlerin hat abgedankt!

Merkel selbst gibt schon lange nicht mehr die „Klimakanzlerin“. Die Autokanzlerin verhinderte ambitionierte CO₂-Grenzwerte für PKW. Die Industriekanzlerin erreichte im Emissionshandel viel für Eon, RWE und Vattenfall, für die Stahl- und Chemieindustrie, aber wenig fürs Klima. Beim EU-Gipfel blockierte ausgerechnet sie eine europäische Einigung für den Internationalen Klimafonds. Jüngst verglich einer ihrer Unterhändler die Vorverhandlungen mit einem Pokerspiel. Als Spieleinsatz fungiert dabei die Klimafinanzierung der Entwicklungsländer. Dabei ist dieser Fonds die Voraussetzung für ein erfolgreiches Klimaabkommen in Kopenhagen. Ab 2020 sollten den Entwicklungsländern nach Schätzung der EU-Kommission 100 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung stehen. Die EU müsste davon rund 30 Milliarden als Anteil übernehmen, damit Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen möglich sind. Im Vergleich zum Bankenrettungspaket oder zur nutzlosen Abwrackprämie wäre der deutsche Anteil daran Kleingeld. Trotzdem bestimmen jetzt neben den Pokerstrategen aus Berlin die Kleinkrämer die Verhandlungen.

Das Scheitern der Europäischen Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel hat die schlechten Vorzeichen für den UN-Klimagipfel in Kopenhagen verstärkt. In Zeiten der globalen Krisen um Klima- und Ressourcenknappheit, um Finanzmärkte und Wirtschaftssysteme hat sich neues Denken noch immer nicht durchgesetzt. Der Green New Deal bleibt deshalb für die Grünen im Europäischen Parlament der Grüne Faden unserer Politik. Daher werden wir in Kopenhagen für ein starkes Abkommen arbeiten und demonstrieren und hoffen, viele von euch aus Berlin zu treffen.

Rebecca Harms

Neues aus dem Abgeordnetenhaus

Volle Kraft voraus!

Das Wahljahr 2009 geht zu Ende und die teilweise recht hohen Wogen sind geglättet. Am Horizont ist schon das nächste Ziel zu erkennen: die Abgeordnetenhauswahl 2011. Der Kurs dorthin muss sorgsam geplant werden – eine der Hauptaufgaben des neuen Fraktionsvorstands. Seit Oktober sind Ramona Pop und Volker Ratzmann die neuen Fraktionsvorsitzenden. Zusammen mit ihren StellvertreterInnen Anja Schillhaneck, Felicitas Kubala und Michael Schäfer werden sie Bündnis 90/Die Grünen sicher zum nächsten Wahlsieg lotsen.

Auch die Stammbesetzung der Fraktion hat sich seit der Bundestagswahl verändert. Lisa Paus ist über die Landesliste in den Bundestag eingezogen – herzlichen Glückwunsch! Neu an Bord ist Astrid Schneider. Sie hat einen Sitz im Bauausschuss des Abgeordnetenhauses und vertritt dort die grünen Interessen.

Einer der nächsten Einsätze für die grüne Mannschaft ist schon jetzt abzusehen: die Rettung des Klimaschutzgesetzes. Bislang ist es vor allem viel Wind um nichts und wenn es nach dem Senat geht, bleibt es auch bei einem nie umgesetzten Lippenbekenntnis ohne Wirkung für Berlin. Das Gesetz soll angeblich den Ausstoß an kli-



maschädlichem Kohlendioxid durch Berliner Gebäude deutlich verringern. Eine gute Idee – aber bei der Umsetzung hakt es. Zum Beispiel kramt Katrin Lompscher einen CO2-Sparvorschlag nach dem anderen aus ihrem Seesack, nennt aber kein konkretes Einsparziel. Niemand hat ausgerechnet, ob mit diesen Maßnahmen wirklich so viel CO2 gespart wird, wie nötig, oder ob es die richtigen Stellschrauben sind, an denen gedreht wird. So ist das Scheitern des Gesetzes vorprogrammiert.

Wer auf seinem Weg nicht auf Grund laufen will, muss auch nach verborgenen Klippen suchen. Deswegen setzen wir uns intensiv mit der deutsch-deutschen Geschichte auseinander – übrigens als einzige Fraktion im Abgeordnetenhaus. Mit der zehnteiligen Reihe „Schön war die Zeit...?“ haben wir nicht nur an den Mut der DDR-WiderstandskämpferInnen erinnert, sondern auch an das Unrecht im SED-Staat. Es wurde unter anderem über den Einfluss der Stasi auf Westparteien und über Literatur als Kampfmittel im Sozialismus diskutiert. Das Motto der Reihe: „Aufklären statt verklären“. Das gilt auch für unsere Politik.

Und nun – volle Kraft voraus! 2011 ist Schluss mit der rot-roten Mehrheit!

*Ramona Pop & Volker Ratzmann
Fraktionsvorsitzende*



Neues aus der Kommandantur

Gemeinsam durchstarten für ein grünes Berlin

Nach dem fulminanten Bundestagswahlkampf mit vielen Freiwilligen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, kehrte nur kurz Ruhe in die Landesgeschäftsstelle ein. Die vielen Wahlkämpfenden hatten zuvor eine Atmosphäre ständig in Bewegung geschaffen. Nun stand erst einmal das ganz banale Aufräumen, die Auswertung und finanzielle Abwicklung der Kampagne im Vordergrund. Und natürlich die Koordinierung von Gremiensitzungen, Terminen, Veranstaltungen.

Bundes- und Landespolitik bescheren uns immer wieder neue Themen. Kaum hat sich der Senat im Angesicht einer drohenden Niederlage zum Kita-Volksbegehren in die richtige Richtung bewegt, kommt das Dauerthema "A 100" wieder zum Vorschein. Unsere gute Vernetzung mit Aktiven in den Bezirken, Abgeordnetenhausfraktion sowie Bürgerinitiativen und Verbänden hat sich bewährt. Wir haben es geschafft, gemeinsam den Senat vor uns her zu treiben.

Doch nach der Wahl ist vor der Wahl – das heißt für uns, jetzt gemeinsam die grünen Leitlinien für die Wahl 2011 zu entwickeln. Kurz aber intensiv war die Diskussion zur Entwicklung unseres Leitantes zum Landesparteitag am 21. November 2009. Unser Beschluss „Grün bricht auf – für Berlin“ hat uns zu einem ersten programmatischen Einstieg in die Diskussion zu unserem Wahlprogramm gebracht, und wurde auch in der Presse vielfach zitiert. Die rot-rote Regierungskoalition trägt sich ohne Idee und handwerklich mangelhaft von einer Schlappe zur nächsten. Wir sind die Alternative – wir wollen und können unsere Stadt sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig verbessern. Anders wirtschaften, sozialer Zusammenhalt, Bildung, Mobilität, Ökologie – mit diesen Themen werden wir in den Programmprozess einsteigen.

Wir laden Euch alle zum Mitmachen, zum Schreiben und Diskutieren ein. Berlin hat diesen Aufbruch klar nötig!

*Irma Franke-Dressler & Stefan Gelbhaar
Landesvorsitzende*



Neues aus der Dirschauer

Obwohl unsere Aktiventreffen eine Sommerpause einlegten, hatten wir mit der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes viel zu tun. Mit zwei junggrünen Kandidaten in den Bezirken und Brausepulver in den Taschen warben wir vier Wochen lang für den Atomausstieg, die Legalisierung von Cannabis und kostenlose Bildung für Alle. Der Wahlkampf hat uns tolle Zeiten auf der Straße und viele neue, junge Mitglieder beschert. Besonders an Schulen waren wir mit Infoständen und bei Podiumsdiskussionen gut vertreten und stampften die anderen Jugendorganisationen mit Material und Argumenten in den Boden.

Natürlich blieb auch unsere inhaltliche Arbeit nicht auf der Stelle und wir haben gemeinsam mit den Jusos Berlin eine neue SchülerInnenzeitung gegen Rechtsextremismus herausgegeben. Der neue „Platzverweis“ kann sich sehen lassen und wird seit einigen Wochen an Berliner Schulen verteilt. Durch unsere große Präsenz auf Demonstrationen konnten wir unseren antifaschistischen Anspruch immer besser nach außen präsentieren und wir werden auch die kommenden Nazi-Aufmärsche zu verhindern versuchen.

Nachdem wir ausführlich über Entwicklungspolitik in verschiedenen Aktiventreffen diskutiert haben, beschäftigen wir uns nun mit der Wirtschaft. Wir freuen uns auf große Debatten zu Privatisierungen, Verstaatlichung und den Mindestlöhnen. Auf unserer letzten Landesmitgliederversammlung debattierten und beschlossen wir einen Antrag, der sich für die stärkere Trennung von Staat und Kirche stark macht und erkannten drei neue Fachforen an. Da Dorothee und Carla den Landesvorstand leider vorzeitig verlassen mussten, wählten wir zwei Beisitzerinnen nach. Mit Madeleine Richter und Juliana Wimmer ist unser LaVo nun wieder vollzählig.

*Armin Feistenauer und Meike Berg
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin*

Stadtentwicklung auf Berlinerisch:

Warum auch Einfaches manchmal Luxus ist

„Berlin ist super, hier ist alles so billig. Und wenn ich mal zwei, drei Wochen im Urlaub war, ist danach plötzlich schon wieder alles günstiger geworden.“ So hat mir vor einigen Jahren meine zum Studieren nach Berlin gezogene Schulfreundin die Vorzüge der Stadt angepriesen. Wenn man die regelmäßig erscheinenden Statistiken zu den Lebenshaltungskosten in deutschen Großstädten betrachtet, scheint dies sogar zu stimmen. Im Vergleich zu München, Hamburg und Frankfurt ist Berlin eher geldbeutelchonend – im internationalen Vergleich mit London, New York und Tokio sowieso.

Doch hat sich in Berlin in den letzten Jahren einiges verändert. Gerade bei Neuvermietungen sind die Mieten ziemlich angestiegen. Ein sensibler Punkt: Schließlich kann man auf abendliche Kneipentouren, Kino oder Theater zur Not verzichten. Eine Wohnung braucht man aber in jedem Fall. Außerdem, so der Berliner Mieterverein, ist zu beachten, dass das Lohnniveau in Berlin ziemlich nied-

rig ist und der Durchschnittsberliner nur 83 Prozent von dem verdient, was der Durchschnittsdeutsche mit nach Hause bringt.

Ein besonderes Problem ist, dass Mieten bei Neuvermietungen frei festgesetzt werden können; ortsübliche Vergleichsmieten haben dabei keinen verbindlichen Einfluss. Gerade in beliebten Gegenden wirkt sich dies aus. Denn die meisten Vermieter wissen um die Attraktivität der Wohnlagen und langen kräftig zu. Auch zulässige Mieterhöhungen bei bereits bestehenden Mietverhältnissen können in den „In-Vierteln“ leichter bis zur maximal zulässigen Grenze durchgesetzt werden, da die Vermieter kaum befürchten müssen, dass Ihre Mieter deswegen gleich in Scharen davonlaufen. Schließlich wollen sie ja in genau dieser Gegend wohnen bleiben. Trotzdem ist der Anstieg der Mieten kein Problem, das sich auf einzelne Stadtteile beschränkt, sagt Reiner Wild vom Berliner Mieterverein. Die Mieten in einfacheren Wohngebieten sind



zwar weiterhin günstiger, als zum Beispiel in den Szenevierteln Mitte oder Prenzlauer Berg. Allerdings steigen die Mieten auch dort kräftig an.

Auch wenn der Begriff „Luxussanierung“ immer wieder durch die Medien geistert und vor allem von linken Gruppierungen gerne aufgegriffen wird: Der Umbau einfacher Wohnungen zu echten Luxusobjekten ist eher selten. Oft reicht schon eine normale Sanierung aus, die innerhalb des gesetzlichen Rahmens auf die Mieter umgelegt wird, damit eine Wohnung für die aktuellen Mieter zu teuer wird.

Bei all den Sanierungen, die in Berlin durchgeführt werden, nehmen die energetischen Sanierungen leider immer noch einen sehr geringen Anteil ein, bedauert Reiner Wild. Gerade Fassaden würden zum Beispiel oft nur

gestrichen und aufgehübscht, statt dass sinnvollerweise gleichzeitig auch noch die Wärmedämmung verbessert würde. Wobei ALG II Bezieher vermutlich froh sind um jede Sanierung, die ihnen erspart bleibt. Sie sind dabei besonders schnell rauswurfgefährdet, erklärt Reiner Wild. Die Mieten würden dann einfach nicht mehr den Richtlinien des Jobcenters entsprechen.

Rauswurfgefährdet ist derzeit auch der Wagenplatz „Schwarzer Kanal“, der in Mitte ein Gelände bewohnt, das zu Beginn des nächsten Jahres bebaut werden soll. Nachdem der Schwarze Kanal vor einiger Zeit schon einmal ein Gelände räumen musste, kämpfen sie nun wieder um den Erhalt ihrer Wagenburg, in der übrigens nicht nur gewohnt wird: Von Open-Air Konzerten bis zu kleinen Filmfestivals gibt es ein buntes kulturelles Programm. Ein Ersatzgelände ist ihnen zwar angeboten worden, aber re-

lativ weit draußen – in Marzahn. Ist es tatsächlich nicht möglich, einen solchen alternativen Lebensstil direkt in der Stadt zu führen? Der Schwarze Kanal will dies nicht akzeptieren. Um gegen ihre Situation zu protestieren, veranstalten die Bewohner Aktionstage mit Workshops, Diskussionsrunden und gemeinsamem Brunchen.

Eine ganz andere Aktionsform gegen Umstrukturierungen in Großstädten ist das „Guerilla Gardening“. Wobei Studentin Luzie, mit der ich über ihre diesbezüglichen Erfahrungen spreche, sofort protestiert: Der Begriff „Guerilla“ klingt für sie zu radikal und zu sehr nach Terrorismus. Und das ist definitiv nicht das, was sie mit ihrer Gartenarbeit verbindet. Das Phänomen ist nicht unbedingt neu. Laut der Magisterarbeit „Eine Bestandsaufnahme zum globalen Phänomen Guerilla Gardening“ von Julia Jahnke – selbst aktive Guerilla Gardenerin – wurde der Begriff bereits in den 70er Jahren in New York das erste Mal verwendet, als Anwohner dort begannen, heruntergekommene Viertel durch Pflanzen zu verschönern.

Derzeit ist es wieder sehr aktuell. Der Begriff „Guerilla Gardening“ umfasst dabei die unterschiedlichsten Aktionen: Teilweise werden sie wirklich im Dunkel der Nacht ausgeführt, von einer kleinen Gruppe, die sich verabredet hat, um heimlich, still und leise Grünflächen auf Kreuzungen oder an Straßenrändern zu verschönern. Zum Teil werden auch sogenannte „Seedbombs“ eingesetzt – kleine Beutel mit einer Erde-Samen-Mischung, die aus dem Auto oder aus fahrenden Zügen auf brach liegende Flächen geworfen werden.

Alles das ist nichts für Luzie. Sie hatte einfach Lust zum Gärtnern, aber leider ein schmales Studentenbudget, das einen regulären Schrebergarten bereits zu einem Luxusgut macht. Die riesige Brachfläche bei ihr um die Ecke war dagegen viel preiswerter verfügbar – nämlich gänzlich kostenfrei. Also fing sie im Frühjahr an, eine Ecke davon zu beackern. Nicht heimlich, sondern frei und offen hat sie mit einigen Freunden und Bekannten gepflanzt, umgegraben und gegossen. Was sich als gar nicht so leicht herausgestellt hat: Der Boden war sehr steinig und regelmäßig mussten sie Müll wegräumen, der auf dem Gelände entsorgt wurde. Sogar Heroinspritzen waren immer mal wieder dabei.

Die Bewohner des Schwarzen Kanals greifen zum Abschluss ihrer Aktionstage noch auf altbewährte Protestformen zurück: Mit einem Demonstrationszug mit fast 600 Unterstützern und einer bunt kostümierten Samba-Gruppe ziehen sie durch die Stadt. Vorübergehend wird außerdem ein leerstehendes Schulgebäude besetzt. Das soll deutlich machen, dass es durchaus verfügbare Grundstücke in der Innenstadt gibt, hoffen die Bewohner. Schwierigkeiten oder Randalen gibt es in dieser Zeit nicht, bestätigt auch der Einsatzleiter, der wenige Tage später den Abzug aus dem besetzten Gebäude überwacht.

Trotz der für sie immer noch problematischen Situation ziehen die Wagenburg-Bewohner ganz entspannt wieder ab und machen sich unter lauter Musikbegleitung mit einigen ihrer Wagen auf zum nächsten Gesprächstermin mit dem Liegenschaftsfonds. Dort scheint tatsächlich noch Bewegung in die Angelegenheit zu kommen. Plötzlich ist von sechs verschiedenen Grundstücken die Rede, welche in Frage kommen könnten. Noch ist nichts sicher, „man werde prüfen“, so eine Sprecherin des Liegenschaftsfonds, aber immerhin eine Hoffnung.

In ihrer ersten Gartensaison hat Luzie hauptsächlich Gemüse angebaut. Was äußerst lecker geschmeckt hat. Der Müll und die Heroinspritzen haben sie dann trotzdem umdenken lassen, denn mit einem Mal wurde ihr klar, dass der Boden womöglich Schadstoffe enthalten könnte, die von den Pflanzen mit aufgenommen werden. Im nächsten Jahr soll es daher erst mal nur Blumen geben. Gemüse wäre eher geeignet, wenn man das Gelände wirklich längerfristig haben könnte, vielleicht mit einem Zwischenmietvertrag, meint Luzie. Dann würde es sich auch lohnen, den Boden entsprechend aufzubereiten. So wie es im Moment ist, weiß sie ja noch nicht einmal, ob sie im nächsten Frühjahr überhaupt noch mal in den Garten kommt.

Obwohl sie sich gegen den Guerilla-Begriff wehrt, ihr Gärtnern ist für Luzie schon ein bisschen Protest gegen den Neubau von zu glatten und langweiligen Bürokomplexen und den Anstieg der Mieten, durch die sie eine Verdrängung der alteingesessenen Leute fürchtet. Auch an dem Gelände von Luzies Garten stand bereits einmal



Guerilla Gardening in den Straßen

ein großes Schild, das es als Teil des Mediaspree-Projekts kennzeichnete. Was daraus geworden ist, weiß sie nicht, nur dass das Schild irgendwann verschwunden war. Dass ihr kleiner Garten es nicht schaffen wird, ein Projekt wie Mediaspree zu stoppen, ist ihr durchaus klar. „Die Immobilienfirma hat schließlich legalerweise einen Anspruch auf das Gelände“, sagt sie und fährt fort: „Trotzdem finde ich, macht das Sinn.“ Durch das Gärtnern würde schließlich was Schönes geschaffen, an dem sich auch andere Leute erfreuen könnten. Und man könnte ja versuchen, Nachbarn mit ins Boot zu holen und daraus ein richtiges soziales Projekt machen.

Beim Schwarzen Kanal ist einige Tage später von den sechs potenziellen Grundstücken nur noch eines im Gespräch. Die Bewohner zeigen sich trotzdem zuversichtlich: „Einen Schritt weiter“, betiteln sie die Pressemitteilung, die sie auf Ihrer Homepage veröffentlichen und hoffen, dass man sich noch rechtzeitig einig wird, während der offizielle Räumungstermin Ende Dezember immer näher rückt.

Nicole Holtz

Wohnen in der Berliner Mischung

Wohnungspolitik in Berlin ist spannend: Vom Mietrecht über Kommunalwohnungen bis Wagenburg. Die Mieten in Berlin sind niedriger als in anderen Großstädten. Das Problem: Die Einkommen sind vergleichsweise noch geringer. Je nach Berechnungsmethode ergeben sich Mietbelastungsquoten bis zu 40 Prozent Bruttomiete in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen.

Wir wollen nicht, dass man Armut an der Postleitzahl ablesen kann. Wer soziale Segregation begrenzen will, muss die weniger begehrten Gebiete der Stadt so attraktiv machen, dass dort ärmere und reichere Menschen heimisch werden können. Daneben gilt es, Bewohnern mit wenig Einkommen die Chance zu geben, trotzdem in ihrem Quartier zu bleiben und ggf. auch mal die Wohnung zu wechseln. Um das zu erreichen müssen wir auf allen Ebenen aktiv werden. Auf der Bundesebene, um das Mietrecht zu verbessern. Dazu haben wir im Abgeordnetenhaus drei Anträge gestellt, die Bundesratsinitiativen zum Ziel haben:

1. Wir wollen die enormen Mietsteigerungen bei Neuvermietungen begrenzen. Auch solche Verträge sollen sich endlich an der ortsüblichen Vergleichsmiete ausrichten und diese um höchstens 15 Prozent überschreiten dürfen. Heute liegen die Aufschläge in manchen Stadtteilen bei 50 Prozent.
2. Die Kappungsgrenze für die dreijährlich möglichen Erhöhungen - 20 Prozent Aufschlag bis maximal zur ortsüblichen Vergleichsmiete - wollen wir auf höchstens 15 Prozent weiter absenken.
3. Außerdem wollen wir die Modernisierungumlage,

nach der Wohnwertverbesserungen mit 11 Prozent der Kosten auf die Jahresmiete umgelegt werden können, auf solche Maßnahmen konzentrieren, die im Sinne der aktuellen Energiegesetzgebung zur Einsparung von Primärenergie dienen. Dafür haben wir das Modell der Klimaschutzumlage erarbeitet.

© Neubauteil

Alle drei Initiativen sind von Rot-Rot abgelehnt worden. Und das, obwohl ähnliche Forderungen gerade auch von SPD- und Linke-Politikern in Berlin mehrfach erhoben wurden.

Parallel diskutieren wir in der Bundesarbeitsgemeinschaft Bauen, Wohnen, Planen ein gemeinsames Vorgehen der Bundestagsfraktion und der Länder. Ob aus der Opposition im Bund heraus tatsächlich Verbesserungen gelingen, hängt von der gesellschaftlichen Debatte und der Situation in anderen Großstädten ab. Von München oder Stuttgart aus

wird die Berliner Debatte leider oft noch belächelt. Deshalb liegt ein Schwergewicht in der Landespolitik. Wir setzen auf die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

Sie müssen drei Zielen dienen: Einer sozialen Wohnungspolitik, einer vorbildlichen energetischen Gebäudesanierung und einer wirtschaftlichen Arbeitsweise als kommunale Gesellschaften. Durch Verkäufe ganzer Unternehmen - zuletzt 2004 unter Rot-Rot die GSW mit 65 000 Wohnungen - sind die verbliebenen Bestände der landeseigenen Gesellschaften territorial ungünstig verteilt. Wir wollen, dass sie ihre Bestände in den Bereichen der Stadt erweitern, wo die Mieten zu stark angestiegen sind. Dafür könnten Wohnungen in anderen Stadtteilen abgegeben werden. An die Mieter direkt oder an Genossenschaften.

Ein besonders leidiges Thema in Berlin sind die ca. 170 000 Sozialwohnungen. Das alte Westberliner Fördermodell hat versagt. Milliarden an öffentlichen Mitteln sind an Eigentümer geflossen. Trotzdem sind die Wohnungen teurer als der freie Markt, im Durchschnitt 5,34 gegenüber 4,83 Euro pro m² nettokalt. Unser Drängen hat den Senat veranlasst, jetzt Vorschläge für eine Beendigung der Förderung der rund 170 000 Sozialwohnungen zu machen. Den Ausstieg wollen wir dafür nutzen, durch die landeseigenen Gesellschaften einen Teil der Wohnungen zu übernehmen. Ob das gelingt ist Verhandlungssache.

Aber nicht jeder will zur Miete leben. Ob Baugruppe oder Wagenburg - selbstbestimmtes Wohnen braucht Räume. Wir wollen den Berliner Liegenschaftsfonds so ausrichten, dass nicht mehr der maximale Erlös, sondern die Stadtentwicklung Priorität hat. Ein definierter Anteil der Grundstücke soll als Gestaltungsvermögen dienen. Das gilt besonders für Wohnprojekte - und zwar nicht nur in der Mitte, sondern in der ganzen Stadt.

Andreas Otto

S-Bahn ausquetschen, Fahrgäste einquetschen? Nicht mit uns!

Drei Mal hat die S-Bahn 2009 ihre Fahrgäste über einen längeren Zeitraum verprellt. Mittlerweile nähern sich Takt und Länge der Züge wieder dem Zustand an, der einer Hauptstadt würdig ist, und die S-Bahn hat InhaberInnen von Zeitkarten-Abos für den Dezember entschädigt. Also Schwamm drüber? Nicht mit uns! S-Bahnvertrag und Bahnkurs müssen sich grundlegend ändern, sonst ist das nächste Chaos vorprogrammiert, meint Claudia Hämmerling. Sie ist verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus.

Die drei Totalausfälle der S-Bahn haben nicht nur wertvolle Lebenszeit der Fahrgäste auf zugigen Bahnhöfen und in verstopften Zügen verschwendet, sondern auch täglich einen wirtschaftlichen Schaden von etwa zwei Millionen Euro verursacht. Außerdem hat die S-Bahn sehenden Auges die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner aufs Spiel gesetzt und dem Image der Hauptstadt nachhaltig geschadet.

In den Chefetagen von DB und S-Bahn ermittelt man aber im Schneckentempo, statt Konsequenzen zu ziehen. Kein Wunder, wenn dieselben Manager das S-Bahnchaos aufklären sollen, die für den harten Sparkurs bei Personal, Material und Wartungskapazitäten verantwortlich sind. Ziel des Sparkurses: gute Bilanzen für den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn. Das kann nicht klappen. Genauso gut könnte man Erich Mielke die Aufklärung über die Stasimachenschaften übertragen.

Strafanzeige gegen Bahnverantwortliche

DB-Chef Grube und S-Bahnaufsichtsrat Homburg üben sich im November in brutalstmöglicher Aufklärung in einem Gespräch mit den verkehrspolitischen SprecherInnen des Abgeordnetenhauses. Sie behaupteten wortreich, das Eisenbahnbundesamt und die Hersteller seien für das S-Bahn-Desaster verantwortlich. Profitgier und Börsengang schlossen die Manager als Ursache für das Desaster aus. Echte Aufklärung geht anders. Deshalb gibt es auch von uns eine Strafanzeige gegen die Bahn-

verantwortlichen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt schon. Wenn ein erneutes S-Bahn-Chaos verhindert werden soll, geht kein Weg an einer Neuausschreibung des S-Bahnverkehrs vorbei. Im Moment hat der Senat zum Beispiel keine Möglichkeit, die Zuwendungen an die S-Bahn zu kürzen, wenn sie statt kompletten Zügen nur halbe oder Viertelzüge einsetzt, die natürlich deutlich weniger Fahrgäste transportieren können. Selbst bei gravierenden Mängeln bei Pünktlichkeit und Qualität, die übrigens von der Bahn selbst ermittelt werden, können maximal fünf Prozent der Zuwendungen gekürzt werden. Das ist nicht nur Steuerverschwendung, sondern ein Verstoß gegen das Europäische Beihilferecht.

S-Bahnvertrag verstößt möglicherweise gegen EU-Recht

Im Beihilferecht ebenfalls festgelegt: Finanzielle Verluste, die bei der Personenbeförderung entstehen, dürfen durch öffentliche Zuwendungen an ein Verkehrsunternehmen höchstens ausgeglichen, nicht aber überkompensiert werden. Genau das ist bei der S-Bahn aber der Fall. Sie hat im letzten Jahr 230 Millionen Euro an Zuwendungen erhalten und davon 56 Millionen Euro als Gewinn an den Mutterkonzern Deutsche Bahn abgeführt. Für das kommende Jahr hatte die Deutsche Bahn sogar geplant, 125 Millionen Euro von der Berliner S-Bahn abzuziehen. Das wären mehr als die Hälfte der Zuwendungen.

Deshalb hat die Grüne Abgeordnetenhaus-Fraktion bei der Europäischen Kommission eine Beihilfebeschwerde eingereicht. Die EU-Kommission hat schon mit der Überprüfung des Vertrags begonnen. Damit wird die schwache Verhandlungsposition des Senats gegenüber der S-Bahn gestärkt, denn es ist zu erwarten, dass der schlechte S-Bahnvertrag, an dem Rot-Rot so hilflos festhält, für nichtig erklärt wird. Dann ist der Weg frei für einen neuen Vertrag. Ein schöner Nebeneffekt: Die S-Bahn müsste dann die rechtswidrig erhaltenen Beihilfe-Millionen an das Land Berlin zurückzahlen.

Die S-Bahnmisere hat nicht nur zu Tage gebracht, wie schlecht der Senat den S-Bahnvertrag ausgehandelt hat,



sondern hat auch eine Gesetzeslücke aufgedeckt: Es gibt keine unabhängigen Sicherheitskontrollen bei Bahnunternehmen – im Unterschied zu anderen technischen Anlagen wie Autos, Karussells oder Feuerlöschern. Bei Zügen sind Hersteller und die Unternehmen selbst für die Sicherheit verantwortlich.

Wettbewerb darf nicht auf Kosten der Sicherheit gehen!

Das hat funktioniert, so lange die Infrastruktur in staatlicher Hand war und mit ihr kein Geld verdient wurde. Unter Wettbewerb mit Kostendruck klappt das nicht mehr. Wegen dieser Kontrolllücke konnte die S-Bahn jahrelang auf Verschleiß fahren, ohne dass jemand die defekten Bremsen und Räder gemeldet hat. Die Sicherheit der Fahrgäste darf aber nicht dem Zufall überlassen werden. Deswegen brauchen wir eine unabhängigen Prüfinstanz für Bahnen, eine Art Bahn-TÜV. Es ist höchste Zeit, dass sich der Senat gegenüber der Bundesregierung für eine entsprechende gesetzliche Regelung stark macht.

Generell ist bundespolitisch ein hartes Kontrollmanagement der Bahn unumgänglich. Die Infrastruktur darf nicht länger vergammeln, weil ein verrückt gewordener Staats-

konzern macht, was ihm lukrativ erscheint. Das Privatisierungsziel muss endgültig vom Tisch. Mit Steuergeldern darf kein international agierendes Logistikunternehmen aufgebaut werden, sondern sie sollen dafür eingesetzt werden, dass hier im Land die Mobilität auf Schienen als Daseinsvorsorge zu sichern. Gleiches gilt für die S-Bahn. Deshalb sollte der Senat endlich die Ausschreibung des S-Bahnvertrages vorbereiten. Das ist aufgrund der im Dezember in Kraft tretenden Dienstleistungsrichtlinie unausweichlich.

Claudia Hämmerling

Für einen besseren und sichereren S-Bahnverkehr brauchen wir

- einen neuen S-Bahnvertrag, nach dem die Verkehrsleistungen klar definiert und abgerechnet werden können,
- eine schnellstmögliche Ausschreibung des S-Bahnvertrags,
- eine unabhängige Kontrollinstanz für Eisenbahnunternehmen und
- einen Verzicht auf den Börsengang der Deutschen Bahn.



Was hat dich bloß so ruiniert? – Zur Krise der SPD und ihrer Bewältigung

Seit der historischen Wahlniederlage vom 27. September beschäftigt SozialdemokratInnen auf allen Ebenen und in allen Gliederungen der Partei die Frage nach den Gründen und dem richtigen Umgang mit dieser schallenden Ohrfeige.

Die Bilanz der vergangenen Jahre fällt dramatisch aus. Innerhalb von zwanzig Jahren hat sich die Mitgliederzahl der SPD halbiert; ebenfalls halbiert hat sich die Zahl der WählerInnenstimmen allerdings in nur elf Jahren. Darüber hinaus konnte sich eine bundesweit agierende Partei links der SPD etablieren.

Eine selbstkritische Reflexion der Politik der vergangenen Jahre ist für eine sinnvolle Neuausrichtung der SPD unerlässlich. Hierbei wird im nun angestoßenen Aufarbeitungsprozess die Trias aus Inhalt, Struktur und Strategie zu beleuchten sein. Keine leichte Aufgabe für eine Partei, die noch heute unter der Verwundung durch die Agenda 2010 leidet. Das Dogma der Unantastbarkeit des Goldenen Agenda-Kalbs muss überwunden werden, um

einen sinnvollen Umgang damit zu finden. Dazu gehört, ehrlich die politischen Fehlentscheidungen zu benennen, die auch in der rot-grünen Ära getroffen wurden. Für die Sozialdemokratie sind die verheerendsten ganz sicher im Bereich Arbeit und Soziales zu suchen.

Hinter den Arbeitsmarktformen stand ein Menschenbild, das nicht als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann. Arbeitslosen Menschen wurde die individuelle Schuld an ihrer Situation zugewiesen, anstatt die strukturelle Dimension von zu wenigen Arbeitsplätzen und einer unausgewogenen Verteilung von Arbeitszeit zu diskutieren. Fortan wurden diejenigen, die auf gesellschaftliche Solidarität und Unterstützung angewiesen waren, auch von führenden SozialdemokratInnen als Sozialschmarotzer diffamiert. Sie sollten durch Androhung von Sanktionen im ALG II dazu gezwungen werden, jede „zumutbare“ Beschäftigung anzunehmen. Der Niedriglohnsektor sowie Leiharbeit wurden massiv ausgeweitet, ohne einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, der das Schlimmste hätte verhindern können.

Darüber hinaus wurde mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (heute ALG I) auf die sogenannte Mitte der Gesellschaft zunehmend Druck aufgebaut. Das kleine Einfamilienhäuschen war auch nach jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit damit eben nicht mehr sicher.

Diese Politik ebnete die Wege für den gesellschaftlichen Abstieg, nicht jedoch die Wege für den Aufstieg. Damit hat

die Sozialdemokratie den Erwartungen ihrer WählerInnen und Mitglieder widersprochen und gegen ihre ureigene Klientel Politik gemacht. Große Teile der WählerInnen sowie der Parteimitglieder haben diesen Kurs nicht mittragen können und der SPD den Rücken gekehrt. Hier stellt sich die Frage, wie sozialdemokratische Politik aussehen muss, um gesellschaftlichen Aufstieg in Kombination mit sozialer Sicherheit im 21. Jahrhundert zu organisieren.

Im Wahlkampf wurde deutlich, dass die Menschen zwar das sozialdemokratische Wahlprogramm begrüßten, jedoch jedes Vertrauen in die handelnden SpitzenpolitikerInnen der SPD verloren hatten, dieses Programm tatsächlich umzusetzen. Ein unüberbrückbares Glaubwürdigkeitsproblem zwischen Personal und Programmatik tat sich auf. Nun wird auf dem Parteitag in Dresden eine neue Parteiführung gewählt, die zumindest das Potenzial hat, dieses Defizit zu beseitigen. Sie steht jedoch vor der Herkulesaufgabe, eine systematische Aufarbeitung zu Fragen des Inhalts, der Strukturen sowie der Strategie zu organisieren. Denn eine kritische innerparteiliche Debatte – insbesondere zu den Arbeitsmarktformen der Schröder-Regierung – ist bislang systematisch verhindert worden.

Aus Sicht der Regierungsmitglieder war dies verständlich. Für die Partei hat sich diese Debattenkultur jedoch als fatal erwiesen. Besteht der Anspruch Volkspartei – und damit auch Mitgliederpartei – zu sein, kann es kein „Weiter so“ geben. Eine vitale SPD lebt von der Kontroverse, dem Widerstreit der Flügel. Die Kunst besteht darin, die

innerparteiliche Diskussion zu gestalten und sie einem Kompromiss zuzuführen, hinter dem sich weite Teile der Partei versammeln können. Hier stellt sich die Frage nach den Strukturen der Partei, die bestimmte Meinungs- und Willensbildungsprozesse nach sich ziehen oder auch verhindern.

Schlussendlich muss ebenfalls darüber nachgedacht werden, mit welchen PartnerInnen sozial gerechte Politik durchgesetzt werden kann. Die Dämonisierung der Linkspartei war in der politischen Auseinandersetzung kontraproduktiv. Schon im Umgang mit den Grünen in den 80er Jahren hat sich die Politik des Ignorierens und Diffamierens als nicht zielführend erwiesen. Seit der Entscheidung für eine Jamaika-Koalition im Saarland ist klar, dass die Grünen keine selbstverständlichen PartnerInnen mehr für die SPD und eine linke Mehrheit darstellen. Hier wird zu klären sein, wie sich die Grünen weiter entwickeln und inwieweit sie für eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene zur Verfügung stehen werden.

Ähnliches gilt für die weitere Entwicklung der Linkspartei. Insgesamt muss es Ziel der SPD sein, der schwarz-gelben Regierung zum nächsten Bundestagswahlkampf eine glaubwürdige Alternative entgegenzustellen. Dies kann nur gemeinsam mit den hierfür relevanten parlamentarischen aber auch außerparlamentarischen BündnispartnerInnen gelingen. Um dies zu gewährleisten, ist eine strategische Neuorientierung der SPD unumgänglich.

Anne Knauf
Landesvorsitzende der Jusos in Berlin

Der Wahlkampf in Bildern



Wahlkampfauftakt im ehrwürdigen Pfefferberg



Mehr als 10.000 grüne Plakate in Berlin - hier zwei davon



Auftaktdemo zur Bundestagswahl: Mit der Tram von Steglitz bis zum Alex!

Mit WUMS ging es nach Europa. 23,6 Prozent in Berlin waren der Lohn



3-Tage-Wach im Endspurt

Wahlkampfabschluss auf dem Winterfeldplatz



Guido Westerwelle

Guido Westerwelle wird am 27. Dezember 48 Jahre alt und ist im dritten Anlauf in diesem Jahr endlich Bundesaußenminister und Vizekanzler in einer schwarz-gelben Koalition geworden.

Er hat es mit allen Methoden probiert, 2002 im Guidomobil und auf 18%-Sohlen, 2005 mit Merkel und schwarz-gelben Projekt im Cabrio, und nun mit Freiheit, Leistung, Steuersenkung.

Ein Lebenstraum ging damit für den Rechtsanwalt in Erfüllung, und die BILD vergleicht ihn am 21.11. gleich mal mit Obama: „Ihre Begeisterung für eine neue, bessere Welt klingt vielleicht manchmal ein bisschen schwärmerisch.

Aber sie stehen für einen neuen weltweiten Geist in der Politik.“

Westerwelle ist mit Blick auf den Langen Eugen in der Umgebung von Bonn groß geworden, im Jahr seines Abiturs 1980 der FDP beigetreten und hat auch umgehend die Julis mitgegründet. Drei Jahre später wurde er Bundesvorsitzender der Julis und schrieb dann 1994 nach seinem Jurastudium in Bonn seine Dissertation über das Parteienrecht und die politischen Jugendorganisationen. Im gleichen Jahr wird er Generalsekretär der FDP, 1996 rückt er in den Bundestag nach. 2001 wird er Parteivorsitzender und 2006 auch Fraktionsvorsitzender. Guido Westerwelle ist ein vielbeschäftigter und fleißiger Mann, der in der vergangenen Legislaturperiode 35 Vorträge für je mindestens 7000 Euro hielt und in drei Beiräten und einem Aufsichtsrat saß.

Westerwelle ist ein streitbarer Geist, der Morgenpost sagte er "Mindestlohn ist DDR pur ohne Mauer, und bei Anne Will "Ich habe nicht für die deutsche Einheit gekämpft, damit heute Kommunisten und Sozialisten was zu sagen haben!". Der BAMS sagte er, dass er in einer „Villa Kunterbunt“ groß geworden sei und „auch persönlich in meinem privaten Umfeld Chaos und Unordnung nicht so gut vertragen“ könne. In seinem Facebook-Profil gibt er Pipi Langstrumpf als sein Lieblingsbuch an.

Katrin Langenbein

Hört auf zu Heulen!

Es wird nicht alles schlecht im Kapitalismus

Glosse von Dennis Parchernegg -

Herzensgrüner, der aber kein Parteiamt anstrebt und deshalb holzen darf, wie er will.

Wer den führenden Köpfen einer/unserer Partei vor der Wahl zu lange zuhört, gerät in die Gefahr, die Sachen, die behauptet, unterstellt und für möglich gehalten werden, allen Ernstes und wirklich zu glauben. Verteufelung, absichtliches Missverstehen und grob vereinfachte Darstellung der politischen Ziele des Gegners gehören anscheinend zum guten Ton. Leider machen auch die Grünen davor nicht halt.

Das mag daran liegen, dass Wahlen letztendlich von den Doofen entschieden werden. Da wird mit Negativen um sich geworfen, dass es nur so kracht: Regierungserklärungen werden reflexartig als „Bankrotterklärungen“ tituliert, Abbau und Umbau werden zu „Raubbau“. Und selbst die ach so bürgernahe Formulierung des „seine Hausaufgaben machens“, die die Intelligenz des Zuhörers ungefähr auf dem Niveau eines 13-Jährigen verortet, wird an ergrauten Haaren aus der Mottenkiste des Politsprechs gezogen und in die Mikrofone der Journaille gehe(u)chelt. Auf Parteitag mag solch hysterisches Gekreische gut ankommen. Außenstehende widert es nur an.

Was dabei nämlich auf der Strecke bleibt sind Differenziertheit, gesunder Menschenverstand und nicht zuletzt die Authentizität – die Kohärenz zwischen „Äußerung und Innerung“, wie Friedemann Schulz von Thun es in seinem Klassiker „Miteinander Reden“ so treffend formulierte.

Nein, ich habe weder CDU noch FDP gewählt. Und ich freue mich auch nicht über die neue Regierung. Aber ich bin nicht der Meinung, dass Westerwelles Englisch ihn für irgendwas disqualifiziert außer als Englischlehrer, dass Schäubles wegen der Spendenaffäre kein Finanzminister sein darf, dass ein Stufentarif in der Steuer automatisch unsozial ist oder dass eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen nicht auch gerecht gestaltet werden kann.

Ich bin beruhigt, dass die Konsolidierung durch die Schuldenbremse in die Verantwortung von Schwarz-Gelb fällt, froh, dass das Bahnmonopol für Fernreisen gestrichen wird, gespannt, ob mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen Einsparungen bringt. Ich finde es richtig, dass die Förderung von Photovoltaik gestutzt, bin neugierig, wie die Steuerentlastungen gegenfinanziert wird, wie mehr Wettbewerb auf der Schiene sich auf die Preise auswirkt oder ob die Ausgaben für Bildung und Forschung tatsächlich steigen.

Ich wünsche mir von uns Grünen, dass wir die Regierung kritisch begleiten, nicht bei jedem Fliegenfurz Zeter und Mordio rufen, alle unserer Forderungen im Geiste gegenfinanzieren und bei der Einhaltung der Schuldenbremse nicht nur die Sparvorschläge kritisieren, sondern sagen, wo wir statt dessen gespart hätten.

Und letztendlich, dass wir frei heraus und ehrlich sagen, wenn wir eine Entscheidung der Regierung gut finden. Das ist nämlich auch ein erheblicher Teil politischer Glaubwürdigkeit. Und wenn uns dabei ein Zacken aus der Krone fällt? Egal, wir leben schließlich in einer Demokratie.

Wir trauern um Barbara Oesterheld

Unbestechlich, Kreuzberg, grün

Unbestechlich, Kreuzberg, grün - so stand es auf einem ihrer Wahlplakate und so war Barbara Oesterheld tatsächlich. Es mag abgedroschen klingen, aber Barbara machte Politik, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. In Kreuzberg, in Berlin und in der Welt. Die große Politshow war ihre Sache nicht. „Ich versuche, durch Inhalte zu überzeugen, nicht durch Spektakel“, hat sie einmal gesagt. Mit dieser Haltung wurde Barbara dreimal direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt, sie war die erste direkt gewählte grüne Abgeordnete bundesweit.

Dass ihr das gelingen konnte, lag auch an ihrer ganz besonderen Verbundenheit mit ihrem Bezirk, mit Kreuzberg. Hätte man Barbara Oesterheld als gebürtige Berlinerin bezeichnet, sie hätte mit einem Lächeln widersprochen. Sie war durch und durch Kreuzbergerin, in Kreuzberg geboren und bis zu ihrem Tod dort zu Hause. Die Soziologin liebte die Kreuzberger Mischung, die Offenheit und Toleranz, die durch den Zuzug von MigrantInnen, von „westdeutschen“ Wehrdienstleistenden, von Studierenden, von Lesben, Schwulen und KünstlerInnen entstanden ist und die den Bezirk weit über Berlin hinaus bekannt und berühmt gemacht hat. Deshalb fühlte sich Barbara Oesterheld in Kreuzberg wohl und kämpfte dafür, dass Kreuzberg für alle lebens- und liebenswert bleibt.

Barbara Oesterheld saß für die bündnisgrüne Fraktion von 1995 bis 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie war zuständig für die Bau- und Wohnungspolitik, IT und Verwaltungsreform. Es ist ihr zu verdanken, dass der Berliner Bankenskandal aufgedeckt wurde. An seiner Aufarbeitung war sie maßgeblich beteiligt. Ihre profunden Kenntnisse zeigte sie regelmäßig in ihren kritischen Zeugenbefragungen im Banken-Untersuchungsausschuss, dem sie von 2001 bis 2006 angehörte. Zu den Wahlen 2006 trat sie nicht mehr an. Als Landesvorsitzende setzte sie ihr Engagement für grüne Politik jedoch fort, bis die Krankheit sie zur Aufgabe dieses Amtes zwang.

Barbara Oesterheld war eine beherzte Kämpferin. Ihren letzten Kampf gegen den Krebs konnte sie nicht mehr gewinnen. Sie ist nur 57 Jahre alt geworden.

Wir sind sehr traurig.



*Nachdruck mit freundlicher
Genehmigung des Neuköllner Stachels*



Wir trauern um Annette Schwarzenau

Am 3. November ist Annette Schwarzenau im Alter von 66 Jahren gestorben. „Ich bin dann mal weg“, schrieb sie in ihrer selbst verfassten Todesanzeige. Und tröstet uns mit der Botschaft: „Ich habe soviel gelebt und erlebt, dass für mich das Sterben keine Katastrophe ist.“

Tatsächlich war Annettes Leben so ereignisreich, dass hier nur ein cursorischer Rückblick möglich ist. Aufgewachsen in Westfalen arbeitete sie als Krankenschwester in Tübingen und stieß dort auf die AktivistInnen des SDS. 1968 zog sie nach Berlin, mischte sich begeistert in die Unruhen, engagierte sich in der ÖTV und wurde Personalrätin im damaligen Krankenhaus Wilmersdorf. Sie organisierte ein „Kinderkacke-Attentat“ auf das Berliner Pressehaus, nachdem der Stern über Kinderläden hergezogen hatte.

Nach drei Jahren Aufenthalt in Hamburg, wo sie sich in der GAL und beruflich für eine bessere Pflege engagierte, kam 1985 der Ruf zurück nach Berlin. Annette wurde Charlottenburgs erste Grüne Gesundheitsstadträtin und blieb es (später auch für Umwelt) bis 1995. Sie prägte dabei einen neuen, auf Prävention ausgerichteten Gesundheitsbegriff. „Wer nur verwalten will, der sollte nicht Stadtrat werden“, schrieb sie später über diese Zeit.

Nach Tschernobyl ließ sie Trockenmilch für die Kitas aus den Notfalldepots plündern. Als Ideenwerkstatt richtete sie die erste Plan- und Leitstelle ein. Charlottenburg wurde erster Bezirk im „Gesunde Städte-Netzwerk“. Sie eröffnete das „Haus des Säuglings“. Sie startete das Projekt „4 Wochen ohne Auto“ und einen Minimüll-Wettbewerb für den Einzelhandel. Sie förderte innovative Konzepte der Aids-Prävention, Drogenpolitik und psychiatrischen Versorgung. Sie initiierte die erste Altenberatungsstelle, Vorläuferin der „Koordinierungsstellen Rund ums Alter“ und machte aus dem Max-Bürger-Zentrum einen modernen Geriatrie-Standort.

Nach ihrer Zeit als Stadträtin engagierte sie sich parteipolitisch in ihrem Wohnbezirk Schöneberg und in der LAG Gesundheit. Sie ließ sich in den Seniorenbeirat wählen, um für eine alternative Altenarbeit zu streiten.

Ihre besondere Liebe galt Menschen mit Demenz. 2001 bis 2008 war sie Vorsitzende des Vereins für selbstbestimmtes Wohnen im Alter (SWA), der sich die Qualitätssicherung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz zum Ziel gesetzt hat. Sie wurde gefragte Expertin für diese Wohnform bundesweit.

Annette war eine außerordentliche Persönlichkeit. Jedes Gespräch mit ihr war ein Erlebnis. Wunderbar ihre Erzählungen aus der APO-Zeit, gespickt mit Humor und Selbstironie, nachzulesen in Ute Kätzels „Die 68erinnen“. Ihre Warmherzigkeit, ihr Mut und ihr Einfallsreichtum steckten an und nahmen ein.

Mit ihrer Krebserkrankung ging sie offen um. Annette Schwarzenau, die sich immer für alte Menschen eingesetzt hatte, durfte selbst nicht alt werden. Wir trauern um Annette mit ihrem Mann Heinz Kappei und ihrem Sohn Philipp und bleiben ihr mit tiefem Dank verbunden.

Thomas Birk

Die Grüne Weinkönigin

Ein (noch) kleines schräges Heimatfest mit Wachstumstendenzen

Da Toleranz Orte und Gelegenheiten braucht, wollten wir in Friedrichshain-Kreuzberg nicht sinnlos in die Ferne schweifen, sondern bei uns selbst einen solchen Ort und eine solche Gelegenheit schaffen. Nach einigen lebhaften Diskussionen entschied sich die Bezirksgruppe in Friedrichshain-Kreuzberg daher für ein vollkommen neues Amt: Das der Grünen Weinkönigin (unabhängig von Geschlecht und Herkunft).

Immerhin haben wir in Kreuzberg ein kleines, aber feines Weinanbaugebiet mit einem Output von 400 bis 600 Flaschen Kreuz Neroberger, der dank Klimakatastrophe die Qualität von Balsamico-Essig schon lange hinter sich gelassen hat. Zudem haben wir BVV-FraktionärInnen den Antrag an das Bezirksamt gestellt, zu prüfen, ob das Kreuzberger Weinanbaugebiet auf EU-zertifizierten ökologischen Weinanbau umgestellt werden kann.

Während andere Weinanbaugebiete ihr „Heimatgefühl“ ausschließlich an einer weibliche Weinkönigin festmachen, auch am Boden in dem ihr Wein wächst, der Bodenständigkeit ihrer Weinkönigin, ist bei uns Grünen in Frieke der „Boden“ als solches nicht gerade das, was unser Blut in Wallung bringt. Auch das Geschlecht und die Herkunft unserer KandidatInnen ist uns von daher natürlich nicht so wichtig.

Wir wollen unser „Heimatgefühl“ eher an der Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen in unserem Bezirk vertreten wissen. Gläubige aller Religionen, Ungläubige, philosophisch Orientierte, Arme und Reiche, Familienversessene und Alleinerziehende, Menschen aus 180 Herkunftsnationen, Menschen unterschiedlicher sexueller Identitäten und auch die sogenannten Stinknormalas leben in unserem Bezirk relativ friedlich miteinander. Das ist Reichtum und auch Reibung in einem, welches jene vielbeschwo-rene Toleranz dringender denn je braucht. Von daher vertritt unsere Weinkönigin ein Jahr lang die Themen

Diversity und Ökologie in ihrem Amt. Das erfordert Hingabe und Mut. Der Regenbogen ist bunt und solange es uns gibt, wird es beispielsweise keinen Streifen nazibraun darin haben.

Stefan Bolz übertraf alle Erwartungen und damit alle externen und internen BewerberInnen. Mit seinem Fachwissen zu beiden Themen (Diversity und Ökologie) und einer charmanten Performance eroberte er sich in diesem Jahr das Krönchen.

Liebe Steffi I. von Kreuz-Neroberger, wir gratulieren Dir hiermit noch einmal zu Deinem tollen Theorieteil und Deiner wunderbaren Kür!

Die vier anderen BewerberInnen waren jedoch auch nicht ohne! Besonders nicht ohne Mut, nicht ohne Engagement, nicht ohne Glauben an die gute Sache, nicht ohne Charme und Esprit. Das alles gab es nämlich im Überfluss und machte gute Laune.

Die Wahl der Grünen Weinkönigin 2009 am 11. Oktober war ein tolles Fest! Dabei war es furchtbar kalt, es gab jedoch eine Regenpause, die glücklicherweise während des gesamten Festes andauerte, zudem fünf wunderbare KandidatInnen aller Geschlechter und sexueller Ausrichtungen dieser Erde und diverser Abstammungen, eine der Aufgabe entsprechend engagierte und gelassene Jury, die Rede des gutgelaunten Bürgermeister, ein hingerissenes Publikum und einen fröhlichen Christian Ströbele, der die Weinkönigin so beherzt küsste, dass ihr sowohl Perücke, als auch Krönchen wackelte.

Es gab viele (auch auf den letzten Drücker einspringende) HelferInnen, tolle Bands, gutes Essen, gutes Trinken und ein aufs Feiern geradezu versessenes Publikum, das in dicken Jacken und Mäntel nach Stunden in der Kälte immer noch tanzte, so dass wir ihnen sagen mussten: „Ihr

3 Fragen an Steffi I. von Kreuz-Neroberger,
erste Weinkönigin Kreuzbergs:

*Herzlichen
Glückwunsch
der ersten Grünen
Weinkönigin!
Hat sich Herr Brüderle
eigentlich schon gemeldet?*

*Bisher gab's vom ehemaligen Pfälzer
Weinminister noch kein Kuss-Angebot.
So liberal ist der dann wahrscheinlich
doch nicht - vielleicht lockert ihn ja etwas
Kreuzberger Wein auf?!*

*Die Konkurrenz war hart.
Was, glaubst Du, macht Dich zur
idealen Kreuzberger Weinkönigin?*

*Ist's das Kleid? Der Bart? Als Pfälzer
spielt die Herkunft aus einem Wein-
anbaugebiet sicher eine Rolle - der
Migrationshintergrund macht sich
aber nur nach übermäßigem Ge-
nuss von Saumagen und Riesling
bemerkbar ...
Im Ernst: Mir sind die Themen
wichtig, für die die Weinkönigin steht:
Vielfalt und Toleranz im Leben, damit
sich keiner verbiegen oder verstecken
muss. Und bei Umwelt und Ernährung:
Wer will schon Gentech aufm Teller? Oder
im Glas?*

*Wie politisch wirst Du Deine Amtszeit
anlegen?*

*Gibt es etwas politischeres als diese
Themen? Das Ziel ist: Mehr Öko ins Essen,
weil es die Umwelt schont und schmeckt.
Und mehr Regenbogen auf die Straßen,
weil bunt besser aussieht als braun.*

Die Fragen stellte Ronald Wenke

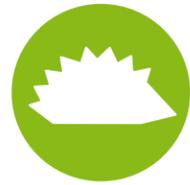
Lieben, es ist nun wirklich Schluss! Das Fest ist aus! Es war schön mit Euch! Kommt doch bitte im nächsten Jahr wieder! Dann machen wir's im Sonnenschein! Versprochen!

Auf dem Heimweg war man erheitert und über eigene Defizite gutartig belehrt: Wie erstellt man eigentlich eine persönliche H2O-Bilanz? Und was zum Kuckuck sind eigentlich „Öchsle“, von denen der Nero-Kreuzberger in diesem Jahr bis zu 100 hatte? Kann ich unsere Weinkönigin fragen. Die weiß das!

P.S. Wichtig: Ohne Euch, die Ihr als HelferInnen eingespungen seid, die Ihr über Nacht WeinhändlerIn, GläserSpülerIn, DekorateurIn, FahrerIn, EventmanagerIn, Gut-zurednerIn geworden seid, ohne dem Weinladen „Rebgarten“ aus der Bergmannstrasse, und dem Weinladen Cavatapi, dem Weinladen am Südstern, ohne den Frauen des Projekts „Gräfewirtschaft“, ohne Wolf und seinen Boxhagener Musikanten, ohne „Die kleine Kapelle“, ohne unsere hochkarätige Jury, ohne Hilfe der LAG QueerGRÜN, ohne H. C. Ströbele und vor allem auch ohne Boris Jarosch hätte es eine Umsetzung der Idee ins wirkliche Leben nicht gegeben. Und ohne tolle KandidatInnen und wetterfeste Gäste nun schon gleich gar nicht!

Herzlichen Dank!

Tine Hauser-Jabs



Polit-Piraterie

Freundinnen und Freunde,

wir haben es geschafft! Ganz ohne Quote gibt es eine Minderheitenregierung: Eine Frau an der Spitze der Macht, hinter ihr eine Truppe aus Behinderten, Schwulen, Migranten und einem ur-arischen Bayern, der das macht, was Adelige schon immer am besten konnten.

Die Sache hat nur einen Schönheitsfehler: Die vornehmlich anderen Protagonisten der Tigerente sind das Tourettesyndrom der Bundesrepublik, alter Wein in neuen Schläuchen. Merkel hat zwar mit Botox ihre Schönheitsfehler in Ansätzen behoben, sie bleibt aber trotzdem ein Stück Trockenobst, emotional wie ein Nanoteilchen, das – um ja nicht vom Thron emanzipatorischer Allmacht gestoßen zu werden – es allen recht machen möchte, vor allem den mächtigen weißen Männern. So rächt sich eben manchmal die Geschichte, nur weil sie Frau ist bleibt sie trotzdem machtbesessen männlich.

Bei der Margit Honecker, der dogmatischen Radikalliberalen, Guido Westerwave, dem Fremdsprachenlegastheneriker, dem Che-Plakat der Yuppiebourgeoisie, dem „Klingelton der Besserverdienenden“ (W.C. Ulrich), fröstelt es einen angesichts der asozialen Kälte, er ist und bleibt ein inhaltsloser Steuerantipath: Außen Minister, innen blöd. Man wünscht sich die guten alten Zeiten zurück, als Guido noch auf dem Schulhof verprügelt wurde, Michael Jackson noch schwarz und lebendig und Angela noch nicht „die Mutti“ war. Die Zeit, in der die Grünen noch die Grünen waren.

Denn was für die Tigerente gilt, gilt eben auch für die Grünen. Wenn Originalfrau, Originalschwuler, Originalmigrant und Originalbehinderter nur ihrer Originalität wegen Originale sind, dann stellt sich die Frage, wie originell und relevant der Verweis auf Originalgrün ist. Er ist nichtig. Die originalgrünen Kerninhalte sind inzwischen abgeschrieben und kopiert, aber Kopien sind nicht automatisch schlechter, Kopien sind politisches Filesharing. Das Original hat nur dann einen originären Wert, wenn es besonders ist, wenn es anders ist. Die Grünen hingegen sind immer weniger anders. Sie sind eine ParteiPartei geworden, die sich in das System der Parteimassen gewurstelt haben.

Um besonders zu sein, müssen sie ein Stück zurück zu ihren Wurzeln, zurück zur Realutopie, ohne Anti-Parteien-Partei zu werden. Nicht Macht, sondern Wandel muss das Leitbild sein. Nicht dritte Kraft, sondern Drei-Liter-Motor für eine gesellschaftliche Erneuerung werden muss der Anspruch sein. Nicht Schwarz-Gelb verhindern, sondern Start einer ökologisch-sozialen Revolution muss das Ziel sein. Nicht Kompromisse selbstverleugnerisch als Riesenerfolge feiern, sondern als das, was sie sind: gute Kompromisse.

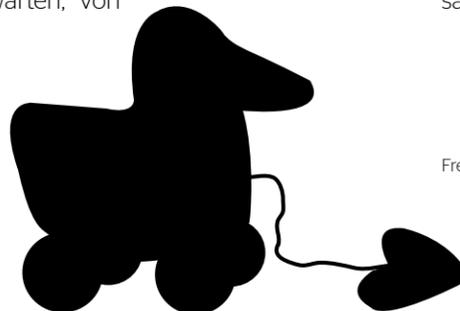
Deswegen ist der Weg in die Opposition gesund. Sicher, Opposition ist Mist. Aber Mist ist Scheiße und aus Scheiße macht man Gold; wer weiß das besser, als die grünen Chefpropagandisten der Biogasanlagen? Alles rein in die Tonne, Deckel drauf, in Ruhe vergären lassen und mit der neu gewonnenen Energie die Herzen erwärmen, mit dem Gärrest die Sonnenblumen von morgen düngen.

Personaldebatten sind an dieser Stelle peripher, nicht nur, weil sie in basisdemokratischen Hinterzimmern geführt werden müssen, sondern auch, weil die in den letzten Jahren mit Klügelsteroiden offizierslaufbahnartig aufgepumpten Zuchtfohlen erst einmal beweisen müssen, dass sie aus der Vergangenheit die Zukunft machen wollen. Nur sollen sie bitte nicht wie Rot-Grün zwei rotweintrinkende Toscanamachos aus ihren Lenden pressen, die sich – nachdem der Kampf um „wer hatte mehr Ehefrauen“ 5 zu 4 gewonnen wurde – heute an die Gegner von gestern vernutzen und darum streiten, wer die größere Pipeline hat.

Als alter Pessimist blicke ich voll Optimismus in die Zukunft: Die Grünen Konzepte sind gut, das Personal ist es auch, es muss nur Bewegung rein. Bis dahin wird die Tigerente glitzernd durch die Legislatur rollen, „the Aufschwung ist da“ rufen, uns mit dem Stadtschloss ein Disneyland für Arme bauen und Guido als gelbe Nacktschnecke durch die Welt schleimen und darauf warten, von einem Igel gefressen zu werden.

In diesem Sinne, tut ihm diesen Gefallen, revitalisiert euch.

Holger Michel



BUCHVORSTELLUNG: Der lange Schatten des Prometheus Über unseren Umgang mit Energie

Als Prometheus den Göttern das Feuer stahl, brachte er der Menschheit ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten. Seit der Antike ist die Beherrschung von Feuer und Energie für uns gleichbedeutend mit Macht und Lebensqualität. Erst durch die Zügelung der Naturgewalten wurde der moderne Mensch geboren. Bis zum heutigen Tag ist ein Leben ohne ständige Zufuhr von Energie undenkbar.

Hartwig Berger bricht in seinem Buch mit dieser Sichtweise. Er fordert nicht nur das Ende des fossilen Zeitalters, sondern eine Wende zum Weniger. Er kritisiert damit auch eine bis in die Reihen der Grünen Bewegung verbreiteten Annahme, dass die Solarenergie den momentan benötigten Energiebedarf abdecken kann. Und Berger hinterfragt anschaulich mit vielen Beispielen, wo bis heute Energieverschwendung mit Prestige und Macht verbunden ist. Der Umgang mit Energie ist für ihn auch eine Frage von sozialer Sprengkraft – international und hier in Deutschland. Berger plädiert in seinem Buch dafür, sich statt am heute verbreiteten „Lebensstil-Ansatz“, besser an klassen- bzw. schichtspezifischen Lebenslagen zu orientieren.

Der Autor – den aufmerksamen Leserinnen und Lesern der Stachligen Argumente durch viele Beiträge gut bekannt – legt den Finger auch in eine weitere Wunde: Die verbreitete Ablehnung von Windkraftnutzung als „Verspargelung“ der Landschaft. Er analysiert treffend, dass der Energieverbrauch auch deswegen so hoch ist, weil die Energiegewinnung unsichtbar sei. Die Windkraft sei nun ein Stein des Anstoßes – ein weithin sichtbares Zeichen des Energiebedarfs und seiner Kosten.

Hartwig Berger will einen gesellschaftlichen Wandel befördern: Energieautonomie und Dezentralisierung. Für ihn ist dies eine „regulative Idee“, die es sich zur Aufgabe setzt, dass jeder – von der Familie bis zum Staat – die Eigenverantwortung für eine bestmögliche Nutzung energetischer Erzeugungs- und Einsparpotenziale wahrnimmt.

Die Rache der Götter für den Verlust der Macht über das Feuer war im Übrigen schrecklich: Zeus schickte die „Büchse der Pandora“ und mit ihr Tod, Krankheit und alle Übel dieser Welt. Die Zeit des Müßiggangs für die Menschheit war ein für alle Mal verloren. Allerdings: Auch die Hoffnung kam durch Pandora auf die Welt. Und so ist es der durchweg hoffnungsvolle Stil Hartwig Bergers, der den Optimismus anfacht, dass unsere Gesellschaft aus dem langen Schatten des Prometheus entfliehen kann und den Weg zu einem maßvollen, selbstgenügsamen Umgang mit Energie findet.



Ronald Wenke

Impressum: Stachlige Argumente 31. Jahrgang Heft 4/2009 Nr. 176 • Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin
Redaktion (V.i.S.d.P.): Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Freie MitarbeiterInnen: Djuke Nickelsen, Holger Michel, Oliver Münchhoff, André Stephan, Nicole Holtz, Dennis Pachernegg • Ständige Mitarbeiterin: Petra Sonnenstuhl
Chef vom Dienst: Ronald Wenke • Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)
e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de • Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)

Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden • Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 29. Januar 2010

Satz/Layout: Stephanie Heising • Druck: Oktoberdruck

Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier



**Die Stacheligen Argumente wünschen allen
erholtsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr !**